

Klimaschutz-Wahlprüfsteine für die Gemeinde Wedemark

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht zu den globalen Risikofaktoren. Auf der Basis umfangreicher Studien benennen diese Berichte jeweils die fünf größten Risiken, denen die Wirtschaft weltweit ausgesetzt ist. Im Jahr 2020 sind die fünf wahrscheinlichsten Risiken ökologischer Art, inklusive dem Risiko fehlender Maßnahmen gegen die Klimakrise. Das Risiko mit den größten Auswirkungen auf die Wirtschaft ist gemäß dem gleichen Bericht die Klimakrise. (Alle Quellen im Anhang)

Die Wedemark ist bezüglich ihrer wirtschaftlichen und soziale Situation nicht vom Rest der Welt isoliert. Die ökologischen, gesellschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Klimakrise bedrohen uns auch in der Wedemark. Und unser Handeln hier hat einen Einfluss auf die Sicherheit und den Wohlstand von Menschen weltweit. Darum muss die Klimakrise auch hier ein zentrales Thema sein.

Im September 2021 wählen die Niedersachsen neue Kommunalparlamente. Für die Kommunalwahlen werben Sie und andere politische Parteien um die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen hat in seinen zahlreichen Berichten zur Klimakrise deutlich gemacht, dass die Zeit drängt. Es bleiben noch 5-10 Jahre um die massiven Auswirkungen der weltweit steigenden Temperaturen abzuwenden. Daher ist auch die Klimapolitik in der Gemeinde Wedemark in den nächsten 5 Jahren von großer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund möchten sich die Fridays for Future und die Parents for Future der Gemeinde Wedemark gerne ein Bild darüber machen, welche Visionen, Pläne und Ziele Ihre Partei für den Klimaschutz in der Wedemark in den kommenden 5 Jahren hat. Ihre Antworten und die Antworten der anderen Parteien möchten wir veröffentlichen, in Presseartikeln zusammenfassen und, falls Corona es erlaubt, in einer öffentlichen Veranstaltung mit Ihnen diskutieren.

Wir bitten Sie daher, die folgenden 12 Fragen für uns und für alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Wedemark zu beantworten. Bitte senden Sie uns Ihre Antworten bis zum 31. Mai an parentsforfuture@web.de

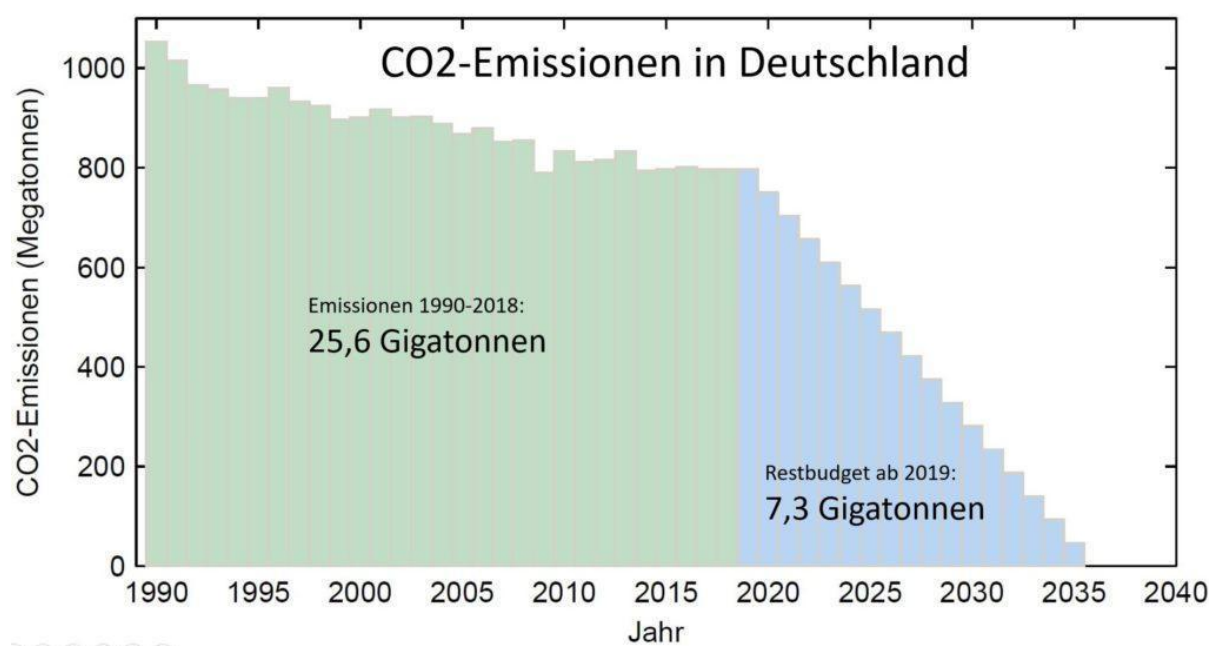
Wir freuen uns auf Ihre Antworten und danken Ihnen schon jetzt für die Mühe.

Mit freundlichen Grüßen

Die Parents for Future in der Wedemark und die Fridays for Future Wedemark

1) Klimaziel

Hintergrund: Nach Angaben des Weltklimarates der Vereinten Nationen kann das Klimaschutzziel von Paris nur eingehalten werden, wenn ab 2018 global nicht mehr als 800 Gigatonnen CO₂ insgesamt ausgestoßen werden. Das Bundesumweltministerium hat diese Berechnung bestätigt. Auf der Basis der Bevölkerungszahl der Länder beträgt das "CO₂ Emissionsbudget" für Deutschland ab 2018 damit 7,3 Gigatonnen CO₂. Dieses Budget kann bis 2035 eingehalten werden, wenn die Emissionen jährlich um mindestens 6% sinken. Sinken die Emissionen langsamer, reicht das Budget nicht bis 2035.



Wird das Klimaziel von Paris nicht eingehalten (weniger als 2% erhöhte globale Durchschnittstemperaturen), drohen massive ökologische, ökonomische und soziale Folgen, inklusive fortschreitender Dürre, Hitzewellen, sinkender Grundwasserspiegel, Schäden in der Landwirtschaft durch Starkregen, Verbreitung von Krankheiten, steigende Lebensmittelpreise, sinkende öffentliche Einnahmen, hohen Kosten zur Bekämpfung der Klimafolgen, globale Migrationswellen und vermehrte Kriege um Wasser und Land.

Klimaneutral wird hier so verstanden, dass in der Wedemark nicht mehr klimaschädliche Gase emittiert werden, als durch Wald, Moor und Boden aus der Atmosphäre aufgenommen werden. Die Erfassung der durch die Wedemärker verursachten klimaschädlichen Emissionen ist im Moment nur näherungsweise möglich. In den Emissionszahlen der Region Hannover für die Wedemark werden die Emissionen der Autobahn für die Wedemark miteingerechnet. Die Emissionen durch Konsum oder durch Reisen der Menschen aus der Wedemark werden jedoch nicht berücksichtigt. Für eine Abschätzung unserer

Emissionswerte können auch bundesweite Daten zu CO2 Emissionen aus Konsum berücksichtigt werden.

Frage: Ab wann soll die Wedemark aus Sicht Ihrer Partei klimaneutral sein?

Zusammenfassung:

- Das ehrgeizigste Klimaziel gibt die SPD aus, sie wolle, dass die Wedemark bis 2030 klimaneutral ist, wohlwissend, dass sich diese Position von der öffentlichen Haltung ihrer Bundespartei unterscheidet; den Weg dahin sieht sie darin, „alle sich derzeit bietenden Möglichkeiten zu nutzen“; weitere Konkretisierung findet nicht statt
- Gemessen am angekündigten Ziel folgen auf die SPD die Grünen sowie die WWR, beide Parteien möchten Klimaneutralität bis 2035; die Grünen verweisen in diesem Zug auf ihr Wahlprogramm und sehen den dringendsten Handlungsbedarf bei der Verkehrswende, Energiewende; die WWR nennt Handlungsbedarf explizit in den Bereichen Bauen, Heizen sowie Photovoltaik.
- Die CDU weist auf das Klimaziel der Bundespolitik mit 2045, in der Region Hannover gelte aber das CDU-Klimaziel von 2035, sie wünscht sich besonders deutlich klarere Vorgaben höherer politischer Ebenen, um den Weg zum Klimaziel beschreiten zu können.
- Von Bündnis C / AfD / WPW sowie FDP kommt kein konkretes Klimaziel mit folgenden Begründungen: die FDP sieht den kommenden und notwendigen technischen Fortschritt als unvorhersehbar an, das Bündnis C meint Moralisierung in der Debatte zu erkennen und vermisst bislang gesellschaftlichen Konsens für Klimaneutralität, die WPW findet, Klimaneutralität solle schnellstmöglich erreicht werden, genaue Ziele würden aber eher zum Ausruhen einladen und die AfD kann nichts mit dem Begriff der Klimaneutralität anfangen und greift die Anwendbarkeit der Definition „Klima“ auf die Wedemark an.
- Mehrere Parteien verweisen in unterschiedlicher Ausprägung darauf, dass tiefgreifende Infrastrukturveränderungen nur auf Ebene des Landkreises, Bundeslandes oder Bundes zu lösen sind.

Detailantworten:

CDU: Die Bundespolitik hat als Ziel das Jahr 2045 benannt. Das Verfassungsgericht hat geurteilt, dass wir den Weg dahin frühzeitig planen müssen. Die Stadt und die Region Hannover beabsichtigen, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen. Diesen Weg geht die CDU Wedemark mit. Ob wir das Ziel früher als der Bund erreichen können, wird auch davon abhängen, welche Förderprogramme Bund/Land/Region zur Unterstützung des Prozesses wann bereitstellen werden. Wir wünschen uns einen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung, um Maßnahmen der verschiedenen Kommunen zu synchronisieren, so dass nicht nur das Ziel, sondern auch die Wege dahin klar sind. Der Rat der Gemeinde ist das

unterste politische Gremium, unterliegt also Gesetzen von „oben“ und hat nicht die finanziellen Mittel, die nötigen Förderungen alleine zu bestreiten.

Die CDU wird kommunale Programme wie die Förderung der Installation von privaten Ladesäulen oder Beratungen durch Energiefachleute weiterhin aktiv unterstützen.

Der Schutz unserer Landschaft und Natur ist seit vielen Jahren ein Anliegen der CDU Wedemark, diesen Weg werden wir weitergehen. Leider ist die Gemeinde nicht für alle Belange zu diesem Thema zuständig. Die CDU wird sich in Stellungnahmen für die maßgeblichen Stellen weiterhin in diesem Sinn positionieren.

GRÜNE: Die Erreichung der Klimaneutralität im Jahre 2035 ist Teil unseres kommunalen Wahlprogramms. Damit wird ein hoher Anspruch gesetzt, s.a. Frage 8. Das Beispiel der Autobahn zeigt, dass für manche Emissionsprobleme und ihre möglichen Lösungen größere Gebietseinheiten betrachtet werden müssen. An erster Stelle muss die Reduzierung des Pkw und LKW Verkehrs stehen. So weit der Verkehr nicht reduziert werden kann, muss er CO2 neutral werden. Die Bereitstellung von Antriebsenergie aus regenerativen Quellen kann sicher nicht eine einzelne Gemeinde leisten.

Es ist daher notwendig, anspruchsvolle Ziele auf allen relevanten Handlungsfeldern aufzustellen, mit der Prämisse, die schnellstmögliche Erreichung der Klimaneutralität zu gewährleisten.

WWR: Auch die Wedemark sollte bis 2035 klimaneutral werden. Mit entsprechender Unterstützung und Förderung bei der Umrüstung/Erneuerung der bestehenden Heizungsanlagen, sowie beim Neubau, auf Wärmepumpensysteme. Ebenso bei der Installation von PV und Solaranlagen. Angesichts der hohen Anzahl von Ein, Zwei und Mehrfamilienhäusern mit geneigten Dächern sollte eine zunehmende Zahl von Hauseigentümern eine Photovoltaik-Anlage installieren, was angesichts des Preisniveaus durchaus erschwinglich ist.

BC: Mit dieser Frage stoßen Sie eine Vielzahl von anderen Fragen an, deren Antworten für uns nicht so klar sind. Zum Beispiel: a. Ist eine Zahl (CO2-Emission) geeignet um damit so einschneidende Maßnahmen zu verknüpfen? Wir meinen nein. b. Können vor dem Hintergrund ihres Schreckensszenarios noch Fragen bez. der Akzeptanz der Bürger gestellt werden? In unserem Denken gelingt Umweltpolitik nur in Verantwortung vor dem Schöpfer, für die Mitmenschen als seine Geschöpfe und für seine Schöpfung. Wir sollen umsichtige Haushalter im Umgang mit der Natur und unseren natürlichen Ressourcen sein. Ein offener Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen dient gezielten Vorsorgemaßnahmen und erhält das zwischenmenschliche Klima für die Zukunft. Nicht das Klima, sondern Kinder sichern das Überleben der Menschheit. Die Bewahrung der Schöpfung schließt entweder den Menschen ein oder sie kann sich nicht auf einen christlichen Konsens berufen. Technische Innovation soll nachhaltiges Wirtschaften begünstigen. Eine Wirtschaft, die auf

qualitatives statt quantitatives Wachstum setzt, beendet Raubbau an Umwelt und Ressourcen inklusive. Vor diesem Hintergrund wollen auch wir das Ziel Klimaneutralität anstreben, es jedoch nicht mit einem bestimmten Jahr verknüpfen. Wichtiger ist uns ein breiter, gesellschaftlicher Konsens über die Maßnahmen. Das wird auch die Voraussetzung schaffen, die Maßnahmen wirklich umzusetzen. Sonst droht uns (ähnlich wie in der CoronaKrise) die Feststellung einer „klimabedrohlichen Lage von nationaler Tragweite“ und eine von oben auferlegten Maßnahmenkatalog von Ge und Verboten. Das wollen wir nicht.

AFD: Fragen wir zunächst: Was ist Klima? Das Umweltbundesamt schreibt am 01.08.2013 auf seiner Webseite: „Klima ist der mittlere Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem bestimmten Gebiet über einen längeren Zeitraum.... mindestens 30 Jahre, aber auch Betrachtungen über längere Zeiträume wie Jahrhunderte und Jahrtausende sind bei der Erforschung des Klimas gebräuchlich. ...“ Und was ist eigentlich „klimaneutral“? Wie kann die Gesamtheit aller Wetterereignisse eines Gebietes neutral sein? Wenn doch der Begriff alleine in mindestens 30 Jahren statistischer Durchschnittswert aller Wetterereignisse in einem größeren Bereich ist. Ist die Wedemark dieser größere Bereich? Ein Klimawandel findet ständig seit Bestehen der Erde statt. CO₂ ist ein wichtiges Gas, das die Pflanzen für die Photosynthese benötigen und Sauerstoff produzieren, den wir Menschen benötigen. Dies ist ein natürlicher Kreislauf, den wir Menschen kontrollieren und verändern wollen? In Anbetracht der Tatsache, dass ganz Deutschland mit einem bescheidenen Anteil von ganzen 2 % der weltweit „menschengemachten“ CO₂Emissionen dabei ist, wie groß ist dann wohl der Anteil der Wedemark? Es ist utopisch, hier zu erwarten, dass in der Wedemark bis zu einem bestimmten Tag ein enormer Beitrag zur Verbesserung zu erwarten ist. Wir wollen alle in einer sauberen und gesunden Umwelt leben, die natürliche Tier und Pflanzenwelt erhalten, keine Vermüllung und Verwahrlosung des öffentlichen Raumes. Und das kann man schon jetzt erreichen in der Wedemark. Es gibt zahlreiche Bürger und Vereine wie z.B. die Ortsverschönerungsvereine, die dazu beitragen. Diese wollen wir unterstützen.

WPW: Unsere Gemeinde sollte so schnell wie möglich klimaneutral leben, wohnen, wirtschaften und produzieren. Wir werfen bewusst keine Jahreszahl in den Raum, da wir glauben, dass ein Datum in ferner Zukunft zum Ausruhen einlädt. Mit einer gut durchdachten Entwicklungs und Informationspolitik haben wir großes Potenzial, Klimaneutralität zu erreichen. Das Knowhow und die zunehmende Willenskraft der Wedemärker dafür sind spürbar vorhanden.

SPD: Die Region Hannover ist zunächst bei ihrem interfraktionellen Beschluss „Klima in Not“, von einer Klimaneutralität der gesamten Region im Jahr 2050 ausgegangen, allerdings hat sich die Diskussion jetzt auf das Jahr 2035 ausgerichtet. Die SPD Wedemark und Bürgermeister Helge Zychlinski sind der Auffassung, dass die Klimaneutralität im Gemeindegebiet bis zum Jahre 2030 umzusetzen ist. Unser Bestreben ist es, alle sich derzeit bietenden Möglichkeiten, zu nutzen, um eine schnellstmögliche Klimaneutralität für die Gemeinde Wedemark zu erlangen.

Die FDP Wedemark befürwortet es, dass die Gemeinde sich auf den Weg in Richtung Klimaneutralität macht und dafür im finanziell zumutbarem Rahmen den technischen Fortschritt nutzt. Daher lautet unsere Antwort: So früh, wie unter den gegebenen Umständen möglich. Ein festes Datum ist hier unseres Erachtens nicht seriös zu nennen, weil die kommunalen Handlungsspielräume begrenzt sind und die künftige technische Entwicklung nicht abzusehen ist.

2) Klimaschutzaktionsprogramm

Hintergrund: In 2010 hat die Gemeinde Wedemark ein Klimaschutzaktionsprogramm mit Bürgerbeteiligung entwickelt und verabschiedet. Die Wahrnehmung der Mitglieder der P4F Wedemark ist, dass dieses Klimaschutzaktionsprogramm den meisten Bürgerinnen und Bürgern in der Wedemark kaum bekannt ist und bisher auch nur sehr punktuell umgesetzt wurde.

Frage: Bis wann plant Ihre Partei eine Aktualisierung des Klimaschutzprogramms mit einer konkreten Maßnahmenplanung?

Zusammenfassung:

- Die Grünen sind laut ihrer Angaben zum Klimaschutzaktionsprogramm unter den Parteien am ehrgeizigsten, bereits 2019 hätten sie eine Weiterentwicklung gefordert, Antworten der Verwaltung fanden die Grünen ungenügend, bis 2022 möchten sie das Programm aktualisieren.
- Die SPD möchte das Klimaschutzprogramm 2022 evaluieren und anhand dessen Ergebnisse aktualisieren.
- Mehr Bürgerbeteiligung beim Klimaschutzaktionsprogramm möchten die Grünen, SPD sowie die WPW mit unterschiedlich weit ausgearbeiteten Konzepten.
- Die CDU moniert, dass jahrelang die Stelle des Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten unbesetzt war, der Energiebedarf öffentlicher Gebäude könne ab sofort evaluiert werden, sie möchten bei dem Thema „zügigen“ Fortschritt.
- WWR und Bündnis C stellen fest, dass ihre Mandate nicht ausreichen werden, um an einer Aktualisierung bestimmend mitzuarbeiten, die WWR möchte aber „mahndend“ dabei sein.
- Die AfD lehnt das Klimaschutzprogramm ab und meint, dass Klimaschutz teuer sei und der Umwelt schade.
- Die WPW möchte eine herausgehobene behördliche Verantwortung für das Klimaschutzprogramm und eine jährliche Aktualisierung.
- Im Gegensatz dazu zeigt sich die FDP lediglich offen dazu, alle fünf Jahre zu prüfen, ob das Programm angepasst werden müsste.

Detailantworten:

CDU: Durch die mehrjährige Vakanz der Position des Klimaschutz/Umweltbeauftragten konnte das Thema in den vergangenen Jahren nicht angemessen bearbeitet werden. Die CDU wird sich intensiv dafür einsetzen, dass die Aktualisierung des Klimaschutzprogramms zügig erfolgt. Nun muss es wieder zügig vorangehen. Der Energiebedarf der öffentlichen Gebäude muss erfasst werden, so dass Maßnahmen zur Verbesserung der Situation daraus hergeleitet werden können. Das kann ab sofort erfolgen. Firmen und Privathaushalte werden seit der Gründung unter maßgeblicher Beteiligung der CDU schon seit 2009 im Sinne des Klimaschutzes durch die Gemeindewerke zu energetischen Maßnahmen beraten. Diese Beratungen finden kontinuierlich statt, es ist keine Terminangabe erforderlich.

GRÜNE: Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat bereits 2019 die Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms gefordert und 2020 nach dem Stand der Umsetzung gefragt. Die Antwort der Verwaltung auf unsere Ratsanfrage kann nicht befriedigen. Die erfolgte Verankerung einer Planstelle Klimaschutzmanagement stellt nur eine Voraussetzung für die geforderte Weiterentwicklung dar. Unter den gegenwärtigen Bedingungen erscheint die Aktualisierung im Jahre 2022 zugleich überfällig wie auch realistisch. Dafür ist eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung, vergleichbar etwa mit der Erarbeitung des Gemeindeentwicklungsplanes, sicherzustellen.

WWR: Als Kleinstgruppe im Gemeinderat kann die WWR nur mahnend und unterstützend an einer Aktualisierung des Klimaschutzprogramms mitwirken, was in jedem Fall auch geschehen wird.

BC: Wir wollen das Klimaschutzaktionsprogramm in den nächsten zwei Jahren aktualisieren und mit ihm konkrete Maßnahmen verbinden. Realistischerweise müssen wir feststellen, dass wir diese Chance mit großer Wahrscheinlichkeit nicht bekommen werden.

AFD: Der Klimaschutz-Aktionsplan wurde 2015 dem damaligen Rat vorgelegt. Wir lehnen den gegenwärtigen Klimaschutz-Aktionsplan ab. Wir treten für Umwelt und Naturschutz ein. Gegenwärtige kommunale Klimaziele belasten neben dem Geldbeutel der Bürger auch die Umwelt, wie zum Beispiel im Bereich Windenergie und bei dem geplanten Holzkraftwerk der enercity.

WPW: Das Klimaschutzprogramm sollte nicht nur eine von vielen Aufgaben sein, die die Gemeinde aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen routinemäßig erfüllen muss. Dann hätte es seinen Zweck verfehlt. Da der Klimaschutz vor Ort beginnt, sollte es laufend fortgeschrieben werden, zum Beispiel im Rahmen einer jährlichen Aktualisierung. Eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit wäre dabei von großem Nutzen, um die Notwendigkeit, dass wir alle etwas zum Klimaschutz beitragen können, in das Bewusstsein der Menschen zu tragen. Daher planen wir die sofortige Aufstellung von Arbeitsgruppen mit interessierten Bürgern, aller Parteien und der Verwaltung. Ziel der Arbeitsgruppe soll sein, dass mannigfaltige

Vorhandensein von Fachwissen der Beteiligten zu nutzen, um die notwendigen Schritte zu formulieren, die Akzeptanz herzustellen und dann zeitnah in die Umsetzungsphase einzutreten.

SPD: Das Klimaschutzaktionsprogramm ist, wie Sie richtig bemerkt haben, leider wenig bekannt. Als Bezugsjahr wird in dem Programm das Jahr 2020 genannt. Wir haben vor, die im Klimaaktionsprogramm genannten Vorhaben, bezogen auf das Jahr 2020, durch die Gemeindeverwaltung evaluieren zu lassen. Die Evaluierung soll nach Auffassung der SPD und Bürgermeister Helge Zychlinski noch im Jahr 2022 umgesetzt werden. Zur Fortführung eines vergleichbaren Programms verweisen wir auf unsere Antwort zu Ihrer Frage 3. Eine Weiterführung des Klimaschutzaktionsprogrammes sollte unserer Meinung nach an eine Empfehlung der Steuerungsgruppe geknüpft sein.

FDP: Das Klimaschutzprogramm wird sicherlich früher oder später zu aktualisieren sein. Wann dies sinnvoll ist, wird davon abhängen, wie groß die Handlungsspielräume sein werden und welche Instrumente zum Klimaschutz künftig noch entwickelt werden. Die FDP Wedemark ist offen dafür, einmal in jeder Wahlperiode, also etwa alle fünf Jahre, kritisch in den kommunalen Gremien zu überprüfen, ob Anpassungsbedarf besteht und für welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen die vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden sollen.

3) Bürgerbeteiligung

Hintergrund: In der Wedemark gibt es bereits viele Bürgerinnen und Bürger mit Kompetenzen zum Thema Klimaschutz und den damit verbundenen Themen wie erneuerbare Energien oder nachhaltige Mobilität. Auf Bundesebene, aber auch in Städten und Gemeinden wie Wuppertal, Münster, Offenburg, Buchholz in der Nordheide, Denzlingen oder Schorndorf, bestehen bereits Bürgerräte zum Thema Klima. Dieser formale Rahmen ermöglicht es engagierten Bürgerinnen und Bürgern ihre Expertise regelmäßig und handlungsorientiert einzubringen und so die Klimaschutzaktivitäten der Gemeinde aktiv zu unterstützen.

Frage: Unterstützt Ihre Partei die Einrichtung eines kontinuierlichen, ehrenamtlichen Klimarats ab Herbst 2021, der sich mindestens quartalsweise trifft, die Umsetzung des Klimaschutzaktionsprogramms begleitet und Handlungsempfehlungen an die Verwaltung und die Parteien entwickelt?

Zusammenfassung:

- Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und auch die WPW befürworten die Einrichtung eines Klimarats. Dabei halten die Grünen die „Auswahl und Legitimation“ der Mitglieder für entscheidend. So könnten diese berufen oder analog zum

Behinderten- oder Seniorenbeirat der Gemeinde durch Wahl bestimmt werden. Die SPD ist zum Thema bereits aktiv geworden: Im Juni 2021 hat sie einen Antrag auf die Bildung einer Steuerungsgruppe zu „Klima in Not“ in den Rat eingebracht. Die eng mit der Verwaltung verknüpfte Steuerungsgruppe soll unabhängig von Sitzungszyklen agieren und aus „klimakompetenten Vertreter*innen aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik bestehen. Zu ihren Aufgaben soll u.a. Erarbeitung von bzw. die Mitwirkung an „wirkungs- und zielorientierten Anträge/Ratsvorlagen“ zählen. Die WPV betont im Kontext der Einrichtung eines Klimarats insgesamt die Notwendigkeit einer starken Bürgerbeteiligung und parteiübergreifenden Mitwirkung.

- Auch die CDU spricht sich für einen Klimarat aus, allerdings unter etwas anderen Vorzeichen, nämlich der Einbindung in einen themenbezogenen politischen Ausschuss. Demnach würde sie den Klimarat als beratendes Gremium verstehen, der in dem von der CDU für die nächste Legislaturperiode geplanten Ausschuss „Klima- und Umweltschutz“ mitarbeitet.
- Einen solchen Ausschuss kann sich auch die FDP vorstellen. Sie erkennt im Vorschlag, einen Klimarat einzurichten, ein gewisses Misstrauen gegenüber den bestehenden, kommunalpolitischen Gremien. Um den hohen Stellenwert des Themas gerecht zu werden, würde die FDP deshalb eher einen eigenen Ausschuss für „Umwelt- und Klimaschutz“ favorisieren. Die WWR argumentiert ebenfalls mit den bestehenden Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Sie würde einen Klimarat, so er eingerichtet werden sollte, unterstützen, weist aber auf die bestehenden Wege hin, als Bürger Vorschläge zu unterbreiten.
- Kritisch sieht das Bündnis C die Einrichtung eines neuen Gremiums, das der Klimarat darstellen würde. Trotz der Bedeutung des Themas Klimaschutz, so das Bündnis C, sei vielmehr die Eingabe von diesbezüglichen Ideen über die politischen Parteien und den nachfolgenden Weg durch die Ausschüsse und den Gemeinderat zu befürworten. Die AfD lehnt die Einrichtung eines weiteren Rates ebenfalls ab. Stattdessen solle aktiver Naturschutz – bspw. die Natur sauber zu halten und Müll zu vermeiden – sowie Aufklärung darüber im Vordergrund stehen.

Detailantworten:

CDU: Die CDU befürwortet und unterstützt bürgerliches Engagement immer mit großer Überzeugung. So auch einen Klimarat, der sich aus interessierten Bürgern und Fachleuten zusammensetzt. In der nächsten Legislaturperiode wird die CDU einen neuen Ausschuss „Klima und Umweltschutz“ beantragen, in dem dann ein solches Gremium beratend mitarbeiten kann. Es ist wichtig, alle vorhandenen Kompetenzen einer Gemeinde zu nutzen, um den Weg zur CO2 Neutralität auch in der Wedemark so schnell wie möglich gehen zu können. Das Credo der CDU ist: Kein Wissen darf verloren gehen.

GRÜNE: Die Einrichtung eines kontinuierlichen, ehrenamtlichen Klimarates betrachten wir als sinnvoll. Zu klären wären zuvor jedoch Fragen zu der Auswahl und Legitimation der Mitglieder. Soll eine Berufung wie bei einem Sachverständigenrat auf Bundesebene erfolgen oder Wahlen, analog zu Behindertenbeirat und Seniorenbeirat auf lokaler Ebene. Eine Einführung zu Beginn der neuen Ratsperiode ist anzustreben.

WWR: Sofern sich ein solcher außerparlamentarischer Rat bildet, werden wir es unterstützen, dass diesem die Möglichkeit gegeben wird, Vorschläge einzubringen. Diese Möglichkeit besteht allerdings auch heute schon, Vorschläge und Eingaben können jeder Zeit eingereicht werden. Entscheidungen können dann allerdings nur von den gewählten Vertretern im Rat beschlossen werden.

BC: Wir begrüßen es sehr, dass Bürger sich mit ihren Kompetenzen einsetzen für den Klimaschutz (z.B. die Initiative Bürger.Energie.Wedemark). Mit der Etablierung einer Bürgerrats schaffen wir aber wieder ein neues Gremium, das zudem nur Anforderungen formuliert, aber keine Verantwortung hat diese auch umzusetzen. Wir sehen diese Funktion eines Bürgerrats auch sehr gut aufgehoben bei den politischen Parteien. Können die engagierten Bürger, die etwas für ihre Kommune bewirken wollen in Sache Klima, nicht Mitglied in einer politischen Partei werden und dort ihre Ideen artikulieren? Über den Weg der Ausschüsse und des Gemeinderats finden die Empfehlungen und Anforderungen dann ihren Weg zur Realisierung. Das würde ein überparteiliches Treffen der „KlimaExperten“ nicht ausschließen, aber dieses Treffen hätte dann nur einen informellen Status.

AFD: Wir unterstützen gern, was nicht ideologisch begründet, aber faktenbasiert ist. Wir würden gern mit den Bürgern für unsere Umwelt und Natur aktiv werden, jedoch nicht in Form eines weiteren Rates. Verstärkt soll das Augenmerk auf aktiven Naturschutz gelegt werden und Aufklärung, die Natur sauber zu halten, Zusammenhänge zu verstehen, Müll zu vermeiden und regionale Produkthanbieter zu unterstützen sowie die heimischen Landwirte.

WPW: Wir unterstützen nicht nur die Einrichtung eines kontinuierlichen und ehrenamtlichen Klimarats, sondern sehen es als unbedingt erforderlich an, Klimaschutzthemen so schnell wie möglich in einem unabhängigen Gremium zu behandeln. Bürgerbeteiligungen und parteiübergreifende Mitwirkungen sind elementare Bestandteile unseres Programms.

SPD: Die SPD Wedemark hat es sich gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski zum Ziel gesetzt, in den nächsten fünf Jahren neue Wege bei der Bürgerbeteiligung zu gehen. Nach unserer Vorstellung soll eine Steuerungsgruppe unter dem Motto „Klima in Not“ eingesetzt werden. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD Gemeinderatsfraktion bereits in den Rat der Gemeinde Wedemark eingebracht (siehe Anlage). Die Gruppe soll ein Team aus klimakompetenten Vertreter*innen aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik sein, sie soll sowohl die Verwaltung als auch den Rat beraten und Vorschläge für effiziente Klimamaßnahmen erarbeiten. Sie soll unter anderem die Förderkulisse und die Effizienz der

angewandten Maßnahmen ständig im Blick haben und in möglichst kurzen Zeitabständen die Ergebnisse ihrer Wirkungsevaluation darstellen. Auf die Möglichkeiten, für Bürger*innen durch Mitarbeit in der Kommunalpolitik in Verantwortung mitzuwirken, möchten wir an dieser Stelle gerne zusätzlich hinweisen.

FDP: Der Vorschlag, einen Klimarat einzurichten, spricht unseres Erachtens für ein gewisses Misstrauen gegenüber den bestehenden kommunalen Gremien. Statt eine Struktur außerhalb der Kommunalpolitik zu etablieren, können wir uns eher vorstellen, einen eigenen Ratsausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu bilden, in dem neben Kommunalpolitikern auch sachkundige Bürger mitarbeiten. Damit würde das Thema berechtigterweise einen höheren Stellenwert bekommen. Die Region Hannover hat mit der Klimaschutzagentur den Kommunen bereits Hilfsmittel an die Hand gegeben, um Maßnahmen zielgerichtet zu planen, zu fördern und umzusetzen.

4) Tempo 30

Hintergrund: Studien in verschiedenen Städten in Europa zeigen eine Vielzahl von Vorteilen von Tempo 30 innerhalb der Ortschaften. Tempo 30 erhöht die Sicherheit der Nicht-Autofahrenden und führt dazu, dass mehr Menschen mit dem Fahrrad und zu Fuß unterwegs sind. Vor allem Kinder und ältere Menschen profitieren von der höheren Verkehrssicherheit. Die Geschwindigkeitsbegrenzung senkt den Lärm und fördert einen gleichmäßigen Verkehrsfluss. Der gleichmäßige Verkehrsfluss und die Reduktion von Bremsmanövern reduzieren den Treibstoffbedarf und die Schadstoffbelastung mit CO₂, NO₂ und dem gesundheitsschädlichen Feinstaub. Laut Verkehrsdezernat der Region Hannover gibt es mehrere Optionen für die Gemeinde, Tempo 30 auch auf Kreis- und Landesstraßen einzuführen.

Frage: Ist Ihre Partei bereit, Tempo 30 innerhalb der Ortschaften der Gemeinde einzuführen?

Zusammenfassung:

- Die AfD bewertet Tempo 30 lediglich sehr punktuell als sinnvoll, z.B. vor Schulen und Pflegeheimen. Gegen die Einführung des Tempolimits von 30 km/h innerorts spricht sich auch das Bündnis C aus. Nach ihren Erfahrungen würde dadurch der Verkehr nicht sicherer, nicht mehr Personen zur Nutzung des Fahrrads motiviert werden und das Limit nicht zu einem effektiven Klimaschutz beitragen.
- Eine differenzierte Betrachtung des Themas empfehlen WPV, FDP und CDU. Alle befürworten eine Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten bzw. Situation. So seien Tempo-30-Zonen an einigen Stellen angebracht (genannt werden z.B. Nebenstraßen, Wohngebiete und Ortsdurchfahrten, in den die Lärm- und

Abgasbelastung sowie die Unfallgefahr hoch ist). Anderswo gelte es jedoch eher, Hemmnisse im Verkehrsfluss abzubauen oder Standzeiten (bspw. an Schrankenanlagen oder Ampelschaltungen) zu vermeiden. Die WPW bezweifelt den pauschalen Nutzen für die Umwelt, den Tempo 30 vor Tempo 50 haben soll, und plädiert zudem dafür, die Verantwortung für die Tempovorgaben auf Straßen insgesamt mehr an die Kommunen zu delegieren. Das Problem, dass Durchgangsstraßen häufig nicht Gemeindestraßen sind, benennt auch die FDP. Darüber hinaus weist die CDU darauf hin, dass schon jetzt in der Wedemark in den meisten Wohngebieten Tempo 30 vorherrscht, weil die Gemeinde hier selbst das Tempolimit bestimmen könne.

- Auch die SPD spricht die bereits größtenteils schon bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h oder dem Status „Spielstraße“ bei Gemeindestraßen an. Ortsdurchfahrtsstraßen betreffend, bei denen die Gemeinde nicht selbst über das Tempo entscheiden kann, will sie sich weiter für die Teilnahme am Tempo-30-Modellprojekt der Region Hannover einsetzen. Die WWR unterstützt die Umsetzung des Tempo-30-Limits auf allen Gemeindestraßen, was in Resse bereits erfolgt ist. Für Bündnis 90/Die Grünen ist die Einführung von Tempo 30 innerörtlich uneingeschränkt und seit Langem Ziel der Partei.

Detailantworten:

CDU: Schon jetzt gilt in den meisten Wohngebieten „Tempo 30“. Auf diesen Straßen kann die Gemeinde Wedemark selbst über ein Tempolimit entscheiden. Auf Regions und Landesstraßen kann sie das leider nicht. In dieser Legislaturperiode hat die Gemeinde den Antrag gestellt, die Geschwindigkeit auf allen innerörtlichen Regionsstraßen auf 30 km/h zu drosseln. Die CDU Wedemark plädiert dafür, die erlaubte Geschwindigkeit an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Auf den Regions und Landesstraßen muss die jeweilige Ortsdurchfahrt betrachtet werden. Es gibt Ortsdurchfahren mit starkem Verkehr und gleichzeitiger, intensiver Wohnnutzung. Hier brauchen Anwohner einen Schutz vor Lärm, Abgasen und Unfällen. Dort ist ein Tempolimit von 30 km/h angebracht. Aber es gibt auch Ortsdurchfahren, auf denen der Verkehr zügig und gleichmäßig fließen soll. Warenanlieferungen, Handwerkeranfahrten sollen auf solchen Straßen reibungsfrei erfolgen können. Deshalb sehen wir hier keine Notwendigkeit, die Geschwindigkeit zu drosseln. Selbstverständlich muss man diese Einordnungen immer wieder überprüfen und die Stimmen der Anwohner aufnehmen und in die Abwägung der Interessen einbringen.

GRÜNE: Die Einführung von Tempo 30 innerörtlich ist seit langem ein Ziel unserer Partei und Element unseres Wahlprogramms.

WWR: In Resse ist bereits ausnahmslos auf allen Gemeindestraßen Tempo 30 bzw. Verkehrsberuhigung eingeführt. Für die K und LStraßen wurde dies bisher von den zuständigen Behörden abgelehnt. Die Umsetzung in allen Dörfern wird auf jeden Fall

unterstützt. Im Fokus von verkehrspolitischen Fragen muss der klimafreundliche Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs stehen. Nur so kann Individualverkehr dauerhaft verringert werden.

BC: Wir sehen keine großen Vorteile darin, in den Ortschaften eine Tempo 30 Zone zu etablieren. Letztes Jahr gab es wegen der Arbeiten an der A7 auf den Durchgangsstraßen der Wedemark abends und nachts einen Tempo 30 Limit und nach unserer Einschätzung ist dadurch der Verkehr nicht sicherer geworden und waren nicht mehr Personen auf dem Fahrrad unterwegs. So eine Tempo 30 Regelung würde unseres Erachtens mehr zur Verärgerung der Bürger als zu einem effektiven Klimaschutz beitragen

AFD: Nur dort, wo es sinnvoll ist, beispielsweise vor Pflegeheimen, Kitas oder Schulen können Tempo30Zonen eingerichtet werden. Verkehrseingriffe mit dem Ziel, den motorisierten Individualverkehr künstlich zu behindern, lehnen wir ab.

WPW: Zum einen muss man die Umweltbelastung durch eine pauschale Geschwindigkeitsbegrenzung nach verschiedenen Studien differenziert betrachten. So steigen zum Beispiel bei Tempo 30 die motorbedingten Belastungen durch Feinstaub. Doch gibt es auch einen gegenläufigen Effekt: die Belastung durch Feinstaub, der durch Abrieb (Reifen, Bremsen, Straßen) und Verwirbelungen entsteht, sinkt. Auch die Emissionen von Stickstoffdioxid (NO₂) ist bei Tempo 30 auf ebener Strecke höher als bei Tempo 50. Zum anderen mussten wir in der Vergangenheit auch feststellen, dass die Einführung von Tempo 30 Zonen nicht einfach umzusetzen ist. Das wollen wir ändern. Zuständigkeiten und andere bürokratische Gesetzeshürden machen die Verwirklichung äußerst schwierig. Hier muss den übergeordneten Behörden klar und deutlich gemacht werden, dass die Sicherheit eines jeden Einzelnen im Straßenverkehr oberste Priorität hat und nicht von Auflagen, Gesetzen, Umsetzungsschwierigkeiten gebremst werden darf. Also ja, Tempo 30 Zonen gehören zu unserem Beuteschema. Wir halten es aber für klüger, die Geschwindigkeit nicht pauschal, sondern der jeweiligen Situation angepasst zu regeln. Ziel sollte es sein, einen ruhigen Verkehrsfluss mit möglichst wenig Brems- und Beschleunigungsvorgängen zu erreichen. Dabei sollte neben der CO₂ Belastung auch andere Schadstoffe, Lärm sowie Unfallgefahren etc. mitberücksichtigt werden. Wir werden auf Behördenebene und mit den Gremien versuchen, ein Konzept für jede einzelne Straße zu erarbeiten und durchzusetzen.

SPD: Die Gemeinde Wedemark hat sich bereits im vergangenen Jahr am Modellprojekt „Tempo 30“ der Region Hannover beteiligen wollen. Die SPD Wedemark hat das Modellprojekt und die Anmeldung seitens der Gemeinde Wedemark befürwortet und unterstützt. In diesem Zuge wurden seitens der Gemeindeverwaltung sämtliche Ortsdurchfahrtsstraßen (Kreisstraßen), für eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h angemeldet. Dieses Projekt ist durch das CDU geführte Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr gestoppt worden. Wir halten weiterhin an unserer Forderung fest, dass ein solches Projekt durchgeführt und ausgewertet wird und anschließend zu

allgemeinen Konsequenzen führen muss. Hierfür haben wir uns bereits mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Rüdiger Kauroff und den übrigen SPD-Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages aus der Region Hannover in Verbindung gesetzt. Zu den gemeindeeigenen Ortsstraßen ist zu sagen, dass diese größtenteils bereits jetzt eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h oder die Eigenschaften einer „Spielstraße“ aufweisen.

FDP: Auf Nebenstraßen und innerhalb von Wohngebieten halten wir eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h im Sinne von mehr Sicherheit und Lebensqualität durchaus für sinnvoll. Auf Durchgangsstraßen sehen wir Handlungsbedarf eher dahingehend, für einen besseren Verkehrsfluss und möglichst wenig Standzeiten bei laufendem Motor zu sorgen. Dies halten wir für sinnvoller, als auch dort pauschal „Tempo 30“ anzuordnen. Als Maßnahmen stellen wir uns dort die intelligentere Steuerung von Ampeln, die Reduzierung von Schrankenschließzeiten und die Schaffung von Abbiegerspuren vor. Der tägliche Berufsverkehr stellt eine besondere Herausforderung für die Wedemark als Auspendlergemeinde dar. Bei vielen Durchgangsstraßen handelt es sich dazu auch nicht um Gemeindestraßen.

5) Standard für Neubauten

Hintergrund: Die Wärmewende in Deutschland kann nur gelingen, wenn gerade im Neubaubereich die besten Standards umgesetzt werden, da es nicht möglich ist, alle Bestandsgebäude auf dieses Niveau zu sanieren. Passivhäuser/kfw40-Häuser verursachen etwas höhere Erstellungskosten. Die dazu durchgeführten Untersuchungen belegen jedoch, dass andere Preistreiber die Neubaupreise in den letzten Jahren deutlich mehr beeinflusst haben. Lebenszyklusanalysen zeigen, dass die Mehrkosten für den besseren Standard über die Lebensdauer durch Verbrauchskosteneinsparungen mehr als kompensiert werden. Gute Beispiele in der Stadt Hannover (Passivhaussiedlung Wettbergen) und in anderen Kommunen der Region machen deutlich, dass dies machbar ist und von Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

Frage: Befürwortet Ihre Partei die verpflichtende Einhaltung des Passivhausstandards/kfw40-Baustandards für Neubaugebiete sowie für eigene Neubauten der Gemeinde?

Zusammenfassung:

- CDU, FDP lehnen einen hohen Standard ab, weil es zu teuer ist. Laut CDU wird diese Beurteilung ggfs revidiert, falls neue Erkenntnisse vorliegen.
- Laut CDU sollte es beim Kauf von Gemeindegrundstücken Anreizsysteme geben, beispielsweise verpflichtende Beratung.

- Bei Gemeindebauten sollte von Fall zu Fall entschieden werden.
- Aus FDP Sicht ist bei Gemeindebauten eine Selbstverpflichtung vorstellbar.
- Grüne, Bündnis C, WPW befürworten die Einführung des oben genannten Baustandards.
- Laut SPD sind bezahlbares Bauen und Energieeffizienz grundsätzlich miteinander vereinbar. Die SPD legt sich jedoch nicht fest bei der Frage, ob ein hoher Standard für Neubauten auf Gemeindeebene eingeführt werden sollte.
- Die WWR kritisiert die Orientierung nach dem Primärenergieverbrauch und zeigt auf, dass rechnerisch niedrige Energieverbräuche nicht unbedingt klimafreundlich sind. Sie empfiehlt stattdessen die Förderung einer "klimaunschädlichen" Bauweise, heute klimaneutrale Bauweise wünschenswert bzw. so, dass eine Klimaneutralität bis 2045 gewährleistet ist.
- Die AfD lehnt ein Baustandard ab.

Detaillierte Antworten:

CDU: Die Verpflichtung zu Passivhaus bzw. KfW40 Standards erhöht die Baukosten deutlich. Der CDU Wedemark ist es wichtig, das Wohnen in der Gemeinde allen Einkommensschichten zu ermöglichen. Gerade der soziale Wohnungsbau (5,60 €/m²) muss gestärkt werden, aber auch Mieten um 8,00 €/m² müssen wieder in den Angeboten auftauchen. Ohne Anreizsysteme „von oben“ (Förderungen) sieht die CDU zurzeit keine Möglichkeit, diese beiden Ziele gleichzeitig zu erreichen. Sollten Berechnungen zeigen, dass wir die Situation hier falsch einschätzen, werden wir unsere Position überdenken. Im Einfamilienhausbau bevorzugt die CDU ein Anreizsystem. Verpflichtende Beratungen z. B. können Bauherren beim Kauf eines kommunalen Grundstücks in ihrer Entscheidung begleiten. Allerdings müssen auch hier die steigenden Kosten im Auge behalten werden. Wir, die CDU, möchten nicht, dass sich nur noch sehr Wohlhabende in der Wedemark Eigentum schaffen können. Bei den eigenen Liegenschaften ist die CDU sich bewusst, dass die Gemeinde ihrer Vorbildfunktion gerecht werden muss. Welche Gebäude in welchem Standard erstellt werden können, muss von den Gegebenheiten abhängig gemacht werden. Wir sehen zurzeit keine Möglichkeit, z. B. eine Schule im Passivhausstandard zu errichten.

GRÜNE: Uneingeschränkt ja. Auch das ist ein Element unseres Wahlprogramms. Der jetzt geplante Bau von 48 Altenwohnungen im Baugebiet Diersrahe mit kfw40 Standard ist nur ein Beispiel dafür, dass das auch mit sozialer Förderung und bezahlbaren Mieten einhergehen kann.

WWR: Im privaten Bereich sollte auf Grundlage von Bundes und Landesbaugesetzen eine klimaunschädliche Bauweise empfohlen werden. Mehrkosten, die sich über einen jahrzehntelangen Zeitraum amortisieren, helfen Bauwilligen zum Zeitpunkt der ersten Finanzierung wenig, da die Verteuerung sofort mitbezahlt werden muss. Wenn die Finanzierung von öffentlichen Bauten über eine Erhöhung der Grundsteuer erfolgt, ist dies

nur mit äußerstem Augenmaß zu machen. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass der Passivhausstandard und KfW40 Standard verschiedene Standards sind. Insofern ist Ihre Frage hier nicht präzise genau gestellt. Grundsätzlich sind wir gegen eine Beurteilung nach Standards, die sich auf den Primärenergiebedarf beziehen. Diese haben leider wenig mit der Realität und dem tatsächlichen CO₂ Ausstoß zu tun. Ein Beispiel hierfür ist die Fernwärme in Hannover, die mit 0,17 einen sehr geringen Primärenergiefaktor hat. Damit lässt sich für viele Neubauten rechnerisch ein sehr guter Energiestandard nachweisen. So können Fördergelder und Tilgungszuschüsse in Anspruch genommen werden. Leider ist die Fernwärme in Hannover alles andere als ökologisch. Durch hohe Systemtemperaturen ist der Verbrauch oftmals wesentlich höher als vorausberechnet und damit auch teurer für den Nutzer. Das kann nicht im Sinne des Klimaschutzes sein. Entscheidend ist, wie viel Energie für Heizung und Warmwasser tatsächlich verbraucht wird. Dies lässt sich nur über ein Monitoring nach Fertigstellung eines Gebäudes ermitteln. Entsprechende Ansätze gibt es im aktuellen Gebäudeenergiegesetz (GEG). Hier sind nach 3 bis 5 Jahre realistische Verbrauchszahlen vorhanden. Energiestandards für Neubauten zu definieren, ist im Grunde genommen relativ einfach. Gebäude, die heute errichtet werden, sind 2045 vierundzwanzig Jahre alt. Da die Nutzungsdauer eines Gebäudes aber wesentlich länger als 24 Jahre sein wird, müssen Neubauten heute so errichtet werden, dass sie klimaneutral sind oder spätestens 2045 klimaneutral sein können.

BC: Wir halten die Einhaltung des Passivhausstandards für Neubauten als eine sinnvolle Maßnahme und werden entsprechende Regelungen für die Wedemark unterstützen.

AFD: Neben den gesetzlichen Bestimmungen sollte die Kommune die Bürger nicht noch durch weitere Richtlinien und Verordnungen gängeln, da dies zu einer weiteren Verteuerung der Wohn(neben)kosten führt, was insbesondere Familien mit geringeren Einkommen belastet. Von starren Einhaltungen, Verboten und Verpflichtungen sehen wir ab. Empfehlungen sind sicher möglich. Der freie Markt wird das regulieren. Würden sozialistische Eingriffe positiv wirken, hätte es in der DDR keine verseuchten Böden gegeben.

WPW: Die öffentliche Hand sollte in Sachen Klimaschutz Vorreiter und Vorbild sein. Dieser Standard ist für Neubauten der Gemeinde sowie für Neubauten aus privater Hand bauplanerisch festzusetzen. Gleichzeitig verändern wir somit auch den Markt, welcher nachhaltige Baustandards entwickelt und etabliert – eine WinWinSituation. Darüber hinaus ist dem Bürger naheulegen, dass es sich keineswegs um willkürliche Auflagen handelt, sondern sein persönlicher Beitrag für eine positive und nachhaltige Klimaentwicklung ist. Klimapolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, ist nicht mehr nur eine Option, sondern mit Blick auf das Klimaschutzziel obligatorisch. Die Mehrkosten für den Bau eines Passivhauses amortisieren sich je nach Rechnung über einen Zeitraum von 10 – 30 Jahren. Aus dieser Perspektive sollte für Neubaugebiete grundsätzlich der Passivhaus Standard vorgesehen werden, ohne dass dadurch mittelfristig zusätzliche finanzielle Belastungen für

die Bauherren entstehen. Für besonders gelagerte Fälle müssen aber Ausnahmen möglich sein.

SPD: Für das Erreichen der Klimaziele hat der Wohnungsneubau und auch die Sanierung von Bestandsgebäuden herausragende Bedeutung. Daher wird beispielsweise im Baugebiet Bäckkamp keine Erdgasleitung verlegt werden. Die SPD Wedemark hat sich gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski intensiv mit energieeffizienter Bauweise befasst und dabei festgestellt, dass bezahlbares Bauen, ja selbst sozialer Wohnungsbau und Energieeffizienz durchaus miteinander einhergehen können. Aus unserer Sicht sind entsprechende Vorgaben durch städtebauliche Verträge und Bauvorschriften regelbar. Dies machen wir zu unserer Aufgabe. Zu den gemeindeeigenen Neubauten ist zu sagen, dass wir bereits jetzt bei allen Neubauten der Gemeinde Wedemark Heizungen ohne fossile Energieträgern bauen.

FDP: Die verpflichtende Einhaltung des Passivhausstandards auf Gemeindeebene ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Jungen Familien würde die Chance auf Wohneigentum genommen, zumal die Baukosten auch ohne eine solche Verpflichtung seit längerem massiv steigen. Investoren werden ihre Baukosten in der Folge aber auch auf Mieter umlegen. Aus der Sicht der FDP Wedemark ist eine ausgewogene soziale Mischung in Neubaugebieten essentiell wichtig für eine Gemeinde und damit auch unser politisches Ziel. Steigende Wohnkosten führen zum Ausschluss sozial benachteiligter Gruppen. Eine Verpflichtung halten wir auch deshalb für unnötig, weil die genannten Standards bereits verbreitet berücksichtigt werden. Bei Neubauten der Gemeinde ist deren Vorbildfunktion allerdings ein wichtiger Punkt. Eine Selbstverpflichtung der Gemeinde können wir uns deshalb durchaus vorstellen.

6) Energiemanagement

Hintergrund: Nach der EU-Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, dem Umweltinformationsgesetz des Bundes und des Landes Niedersachsen, sind Behörden dazu verpflichtet, ihre Arbeit transparent zu machen und die ihnen vorliegenden Umweltinformationen proaktiv öffentlich zu verbreiten.

Laut Klimaschutzaktionsprogramm von 2010 hat die Gemeinde zwischen 1999 und 2005 jährlich Energieberichte erstellt und auch veröffentlicht. Seit 2006 hat es keine weiteren veröffentlichten Berichte gegeben. Kontinuierliche Energieberichte sind eine Voraussetzung für ein erfolgreiches internes Energiemanagement und Teil einer transparenten Klimapolitik. Nach dem Niedersächsischen Klimaschutzgesetz vom 10.12.2020 werden diese Berichte ab 2022 verpflichtend. Die Klimaschutzagentur Niedersachsen bietet dazu seit Anfang 2021 den Leitfaden Kommunales Klimamanagement als Unterstützungstool an.

Frage: Befürwortet Ihre Partei die Veröffentlichung von jährlichen Energieberichten (jährliche Verbrauchszahlen aller öffentlichen Liegenschaften) noch in 2021?

Zusammenfassung:

- CDU, FDP befürworten die Veröffentlichung wie gesetzlich vorgegeben ab 2022, wobei die Veröffentlichung dann Ende 2023 erfolgen würde.
- Die Grünen befürworten eine Veröffentlichung jährlicher Energieberichte und haben einen entsprechenden Antrag im Rat gestellt. Auch die WWR, das Bündnis C, die SPD, die WPW und die AFD befürworten eine Berichterstattung ab 2021.
- Aus Sicht der WWR ist die Voraussetzung, dass die Berichterstattung im Haushaltsplan möglich ist. Bündnis C schlägt eine öffentliche Präsentation statt eines Berichts vor, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Laut SPD ist die zeitnahe Berichterstattung wünschenswert, die Machbarkeit noch in diesem Jahr muss allerdings überprüft werden. Die WPW schlägt vor, dass auch die Zahlen für den privaten Verbrauch aus Zahlen der Energieversorger der Gemeinde veröffentlicht werden sollten.

Detaillierte Antworten:

CDU: Gemäß Niedersächsischem Klimagesetz sind die Kommunen im Land zur regelmäßigen Berichterstattung über den Energieverbrauch ihrer kommunalen Liegenschaften verpflichtet, erstmals für das Jahr 2022 und anschließend alle drei Jahre. Die CDU Wedemark unterstützt diese Berichterstattung, um eine realistische Übersicht über die Energieverbräuche zu bekommen. Wenn ein Energiebericht jedoch „in der Schublade“ liegt, kann er auch veröffentlicht werden. Die CDU Wedemark sieht das Jahr 2021 in der Verwaltung allerdings gefüllt mit anderen Aufgaben. Mindestens zwei, wenn nicht drei, Wahlen sind vorzubereiten, der neue Rat konstituiert sich erst im November. Dazu laufen alle Verwaltungsgeschäfte weiter, im politischen Raum werden ebenfalls die Wahlen vorbereitet. Die Ratsmitglieder arbeiten ehrenamtlich, da bleibt keine Luft, einen Energiebericht zu erstellen oder ihn zu bewerten. Wir sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Energiebericht und Klimaschutzaktionsprogramm.

GRÜNE: Unsere Partei befürwortet die Veröffentlichung eines aktuellen Energieberichtes noch in 2021 und weitere regelmäßige Folgeberichte und wird dazu einen entsprechenden Antrag einbringen. Die Voraussetzung für die regelmäßige Erstellung solcher Klimaberichte sehen wir in der zentralen und digitalen Erfassung der Verbrauchswerte. Das von der Gemeinde geplante digitale Energiemanagement (s.a. Frage 7) sollte auch eine rationelle und regelmäßige Erstellung von Energieberichten ermöglichen. Die Stadt Wennigsen hat den „Energiebericht Wennigsen für das Haushaltsjahr 2018“ nach Teilnahme am „Kommunalen EnergieEffizienzNetzwerk (KEEN) der Region Hannover 2016/19 erstellt.

WWR: Ja, wenn die Erstellung im Rahmen des bestehenden Haushaltsplanes möglich ist.

BC: Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Wedemark schon aktiv arbeitet an dem Energiemanagement ihrer Liegenschaften. Berichte sind grundsätzlich gut, werden aber nur von sehr wenigen gelesen. Wir befürworten stattdessen eine jährliche öffentliche Präsentation über die Energiemaßnahmen des vergangenen Jahres. Darüber wird dann auch die Presse berichten. Wir glauben, dass auf dieser Weise mehr Bürger informiert werden und sich auch mehr beteiligt fühlen.

AFD: Um den Arbeitsaufwand für die Verwaltung gering zu halten, befürworten wir diese Berichte als Zusammenfassung über einen längeren Zeitraum, da auch wir Transparenz befürworten. Der Energiebericht für die Jahre 2011 bis 2015 wurde 2017 öffentlich im Rat vorgestellt. Der daran anschließende sollte zeitnah vorgelegt werden

WPW: Ja, wir befürworten die Veröffentlichung von jährlichen Energieberichten. Ob dieses bereits für 2021 realisierbar ist, wissen wir zurzeit nicht. Die Energieberichte sollten nach Möglichkeit auch Zahlen für den privaten Bereich enthalten, zum Beispiel für Strom, Gas (Öl) und regenerative Energien enthalten. Hierfür könnten zum Beispiel Zahlen der Energieversorger für das Gebiet der Wedemark herangezogen werden.

SPD: Die Gemeinde Wedemark hat seit April letzten Jahres eine neue Klimaschutzbeauftragte in ihrem Hause. Damit sind personell und langfristig die Weichen für ein vorausschauendes Energiemanagement in der Gemeinde Wedemark gestellt. Grundsätzlich ist für die SPD Wedemark die Veröffentlichung eines Energieberichtes für die öffentlichen Liegenschaften wünschenswert. Ob eine Veröffentlichung für das Jahr 2021 noch in diesem Jahr erfolgt, muss seitens der Gemeindeverwaltung auf die Umsetzbarkeit geprüft werden.

FDP: Unseres Erachtens steht der Aufwand zur Erstellung solcher Berichte in keinem guten Verhältnis zu den zu erwartenden Wirkungen. Die FDP spricht sich dafür aus, dass die Gemeinde Wedemark bei ihrer Energieeffizienz immer besser wird und diese Entwicklung auch kontrolliert und begleitet wird. Die Zeit für die Erstellung jährlicher Energieberichte würde unserer Meinung nach jedoch besser dafür genutzt, konkrete Klimaschutzmaßnahmen vorzubereiten und umzusetzen. Da die Gemeinde durch das Niedersächsische Klimagesetz zur Erstellung solcher Berichte aber ab 2022 gesetzlich verpflichtet sein wird, ist dieser Verpflichtung selbstverständlich nachzukommen. Hier ist die Klimaschutzagentur der Region Hannover bereits eingebunden und arbeitet an einem solchen Bericht.

7) Energieverbrauch in Bestandsbauten

Hintergrund: Gemäß den Emissionsdaten der Region für die Gemeinde Wedemark stammen die meisten direkten CO₂-Emissionen von dem Energieverbrauch in Gebäuden. Vor diesem Hintergrund ist eine systematische Sanierung von bestehenden privaten und öffentlichen Gebäuden notwendig, nach Möglichkeit auch auf das Niveau des Passivhausstandards. Für

die öffentlichen Gebäude bedarf es eines energetischen Sanierungsfahrplans, der koordiniert ist mit anderen geplanten Baumaßnahmen der Gemeinde. Für die privaten Gebäude braucht es verstärkt Kommunikation und Anreize.

Frage: Wird sich Ihre Partei für die Entwicklung eines Sanierungskonzeptes aller unsanierten Bestandsbauten in der Wedemark einsetzen? Welche Maßnahmen stellen Sie sich vor, um die Sanierung von Bestandsbauten voranzutreiben?

Zusammenfassung:

- Es besteht ein Konsens unter den meisten Parteien, dass das Beratungsangebot, Aufklärung und die Anreize (Förderung) ausgebaut werden sollen. Die FDP, Bündnis C und die AFD sehen die Sanierung von privaten Bestandsgebäuden nicht als kommunale Aufgabe (FDP) bzw. sehen es - auch angesichts der Finanzlage der Gemeinde - nicht als Priorität an.
- Grüne und CDU betonen, dass bei öffentlichen Gebäuden die Sanierungsmaßnahmen auf der Basis des Energieberichts priorisiert werden sollen.
- Die CDU schlägt vor, dass es vor allem bei Eigentümerwechsel eine Sanierungsberatung geben sollte.

Detaillierte Antworten:

CDU: Die CDU differenziert: Private Bestandsbauten: Wir werden keinen Eigentümer verpflichten, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Oft wohnen ältere Menschen dort, die froh sind, mit ihrer Rente im eigenen Haus bleiben zu können. Wechselt ein Hans seinen Eigentümer, erhält der neue Eigentümer einen Energieausweis, aus dem er Sanierungsempfehlungen ableiten kann. Dann ist es wichtig, dass er einen schnellen unbürokratischen Zugang zu neutralen Beratern finden kann. Deshalb unterstützt die CDU Wedemark die Arbeit der Gemeindewerke und der Klimaschutzagentur, die zu energetischen Sanierungen beraten. Öffentliche Gebäude: Wir sehen bei vielen Objekten Handlungsbedarf. Allerdings halten wir ein umfassendes Konzept nicht für zielführend. Es ist teuer und nicht lange aktuell! Stattdessen möchte die CDU Wedemark Erkenntnisse aus dem Energiebericht herleiten, auf dessen Basis Politik und Verwaltung sanierungsbedürftige Objekte identifizieren, priorisieren und im Haushalt Gelder einstellen können.

GRÜNE: Bereits 2019 haben wir Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz der gemeindeeigenen Gebäude beantragt. Ein Sanierungskonzept für die öffentlichen Gebäude sollte daher integraler Bestandteil bei einer Aktualisierung des Klimaschutzprogramms sein. Aus der Beantwortung unserer Ratsanfrage ergibt sich, dass die Gemeinde in einem Verbundprojekt mit der Region Hannover ein digitales Energiemanagement zum schnellen Erkennen von Verbesserungspotentialen im kommunalen Gebäudebestand etablieren will. Wir werden uns im Rahmen unserer Ratsarbeit dafür einsetzen, die hierbei erkannten

Verbesserungsmöglichkeiten auch tatsächlich umzusetzen. Für die Sanierung privater Gebäude sind weiterhin die Beratungstätigkeit der Gemeindewerke und deren Fördermöglichkeiten die Hauptinstrumente der Gemeinde. Auch wenn die Förderinstrumente auf Bundesebene entscheidend sein dürften, sollte die Fördersumme der Gemeinde erhöht werden, um ganzjährig vor Ort positive Signale geben zu können.

WWR: Im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen werden wir ein solches Konzept als Ziel zur Aufnahme in den Haushalt beantragen. Für öffentliche Bauten sollte auch hier das Ziel der Sanierung aller Gebäude im Haushalt aufgenommen werden. Für den privaten Bereich besteht im Haushalt der Gemeinde nur ein begrenztes Budget zur Verfügung, dass auch jetzt schon Anreize für Modernisierungsmaßnahmen gibt.

BC: Energetische Sanierung von Bestandsbauten hat für uns nicht die erste Priorität. Irgendwann werden Bestandsbauten ersetzt von Neubauten. Für diese Neubauten sollen die Standards der Passivhäuser gelten. Für Bestandsbauten sollen keine zwingenden Vorschriften bez. energetischer Sanierung gelten. Allerdings sollen in diesem Bereich effektive Anreize geschaffen werden um in Energieeffizienz zu investieren von den Besitzern, die sich dies finanziell leisten können.

AFD: Die öffentlichen Einrichtungen gehören ohnehin stets auf einem guten Sanierungsstand erhalten. Ideologisch motivierte Klimaschutzsanierungen lehnen wir ab. Nur wenn der Finanzhaushalt es zulässt, kann über ein Sanierungskonzept gesprochen werden. Angesichts der hohen Verschuldung der Gemeinde und der noch ungewissen Auswirkung der Corona-Maßnahmen auf den kommunalen Haushalt steht dies derzeit nicht zur Debatte. Schön ist, dass Sie selbst die Emissionsdaten der Region für die Gemeinde Wedemark ansprechen, die aufzeigen, dass die meisten direkten CO₂-Emissionen vom Energieverbrauch in Gebäuden stammen. Aber keine Sorge: Das ändert sich bald durch den verstärkten LKW-Verkehr wegen des neuen Industriegebiets in Gailhof. Im Kampf gegen mehr CO₂-Emissionen hätten sich die Gailhofer Bürger über Unterstützung durch Fridays for Future und Parents for Future Wedemark gefreut.

WPW: Wie auch in Frage 5 beschrieben, sollte die Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen und energetische Sanierungen öffentlicher Gebäude planen und umsetzen. Die Sanierung von Bestandsgebäuden auf das Niveau des Passivhausstandards wäre wünschenswert, ist aber nicht immer wirtschaftlich. Als konkrete Maßnahme stellen wir uns ein Plattform rund um das Thema Sanierung vor, um den Eigentümerinnen und Eigentümern alle Informationen und Optionen auf einen Blick zu ermöglichen und im besten Fall eine Fläche zum Austausch bietet. Ein Konzept allein reicht nicht aus. Denn nur, wenn Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen nachvollziehen können, werden sie sich auch für eine energetische Sanierung entscheiden. Motto: Jeder investierte Euro in Dämmung rechnet sich sofort! Mit maximaler Aufklärung und fundierten Informationen soll das gelingen. Hierzu wären öffentliche Anreize

im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde wünschenswert. Ein Klimarat (siehe Frage 3) könnte hierzu gute Impulse setzen.

SPD: Die SPD Wedemark setzt sich gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski dafür ein, dass für die rund 100 Bestandsimmobilien der Gemeinde Wedemark ein Sanierungskonzept erstellt wird und die Bestandsbauten sukzessiv auf die Nutzung erneuerbare Energieträger umgerüstet werden. Etwa 28 % der CO₂-Emission in der Wedemark fallen auf private Haushaltungen und hier im Wesentlichen auf das Heizen mit fossilen Brennstoffen zurück. Häufig ist es leider noch so, dass sowohl Heizungsfirmen als auch Hausbesitzer beim Sanieren der Heizanlage diese 1:1 ersetzen, das heißt, dass fossile Brennkessel durch ebensolche, sicherlich umweltfreundlichere ersetzt werden. Ziel muss es aber sein, eine Null-Emissions-Lösung zu erreichen. Hierzu braucht es Aufklärung. Zusätzlich wollen wir, dass seitens der Gemeindewerke Wedemark weiterhin Teile der energetischen Sanierung von Bestandsbauten finanziell gefördert werden und diese Förderung kontinuierlich ausgebaut wird. Gleichzeitig sollen die Gemeindewerke „Förderanlaufstelle“ für Förderungen aus Landes und Bundesmitteln werden, um die Bürger*innen in unserer Gemeinde bestmöglich informieren zu können.

FDP: Hier gilt es zu differenzieren. Einem Sanierungskonzept für die Gebäude in kommunalem Eigentum stehen wir offen gegenüber. Dieses wäre dann haushaltsverträglich umzusetzen. Bereits jetzt werden allerdings laufend Sanierungsmaßnahmen ergriffen. Sanierungskonzepte für Gebäude in privatem Eigentum zu erstellen ist hingegen keine kommunale Aufgabe.

8) Ausbau der Erneuerbaren Energie in der Wedemark

Hintergrund: Zur Erreichung der Klimaschutzziele muss die Energieerzeugung in Deutschland komplett auf Erneuerbare Energie wie z.B. aus Photovoltaik- und Windenergie-Anlagen umgestellt werden. Als Flächengemeinde kommt der Wedemark dafür eine besondere Verantwortung zu. Laut den Angaben im Marktstammdatenregister wurden mit Anlagen in der Wedemark 2020 ca. 41 GWh erzeugt. Die 2020 zugebauten Anlagen haben dazu ca. 1,1 GWh beigetragen. Dem steht laut Energie- und CO₂-Bericht der Region von 2015 ohne den Einfluss der Autobahnen ein Endenergieverbrauch für Wärme, Strom und Verkehr in der Größenordnung von 450 GWh/Jahr gegenüber. Dieser Energiebedarf muss durch Einsparmaßnahmen deutlich gesenkt werden. Wenn beispielsweise eine Einsparung von 25% gelingt, müssten in der Gemeinde bis 2040 im Durchschnitt noch etwa 15 GWh/Jahr durch neue Anlagen hinzukommen, um den Energieverbrauch komplett durch Erneuerbare Energie zu decken.

Frage: Unterstützt Ihre Partei Maßnahmen, um den jährlichen Zubau von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbarer Energie deutlich voranzutreiben, um dadurch die Erzeugung

mit Anlagen im Gemeindegebiet um bis zu 15 GWh pro Jahr zu erhöhen? Wie könnte das konkret erreicht werden?

Zusammenfassung:

- Keine Partei stellt sich vorbehaltlos hinter einen Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Gemeinde Wedemark, mit dem erhebliche Teile der Energie im Gemeindegebiet erzeugt werden könnten. Bei vielen Parteien ist eine große Sorge vor mangelnder Akzeptanz der Bürger beim Ausbau von Photovoltaik und Windenergie zu spüren. Mehrfach wird auf mangelnde Zuständigkeit der kommunalen Ebene verwiesen. Bei der Photovoltaik auf öffentlichen Dächern tun sich viele Parteien leichter als auf privaten Dächern.
- Alle Parteien (außer der AfD) befürworten grundsätzlich den Ausbau Erneuerbarer Energien und unterscheiden sich in den Aussagen nur geringfügig.
- Bei der CDU wird darauf verwiesen, dass auch in der Vergangenheit der Ausbau unterstützt wurde. Es wird jedoch betont, dass Rahmenbedingungen die Handlungsfähigkeit stark einschränken.
- Die Grünen verweisen darauf, dass bislang nur ein geringer Anteil der Energie in der Gemeinde aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird.
- Seitens des WWR hält man eine Unterstützung des Ausbaus für „möglich“.
- Die WPW will naturverträglichen Ausbau von Windkraft unterstützen und stimmt für den Ausbau der Photovoltaik.
- Lediglich Bündnis C stellt sich klar hinter den Ausbau der Windenergie, setzt bei Photovoltaik auf Privatdächern jedoch auf technischen Fortschritt.
- Die SPD unterstützt den Ausbau der Erneuerbaren und hofft auf verbesserte Akzeptanz. Sie will die Förderkulisse verbessern und bringt die Produktion von grünem Wasserstoff ins Spiel.
- Die FDP setzt auf die Beteiligung von Bürgern bei der Energieerzeugung vor Ort und bemängelt lange Genehmigungsverfahren.

Detaillierte Antworten:

CDU: Maßnahmen zur Erhöhung der Erzeugung von Erneuerbarer Energie in der Gemeinde Wedemark hat die CDU Wedemark unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. Allerdings sind für den Neubau solcher Anlagen Genehmigungsverfahren erforderlich, die überwiegend nicht unter der Ägide der Gemeinde liegen. Raumordnungsprogramme des Landes und der Region, Landschafts und Naturschutzgebiete und die FaunaFloraHabitatBereiche schränken die Handlungsfähigkeit auf Gemeindeebene deutlich ein. Das bedeutet: Werden von Projektträgern Anträge zur Errichtung von WKA und PVA gestellt, müssen die Gesetze beachtet werden. Die CDU befürwortet eine intensive Bürgerbeteiligung bei solchen Planungen. Wenn eine Genehmigungsfähigkeit attestiert wird, wird die CDU Wedemark solche Projekte unterstützen.

GRÜNE: Die Energiebilanz der Region für die Gemeinde Wedemark wurde zunächst in der Antwort der Regionsverwaltung auf eine Anfrage des Abgeordneten Schlossarek veröffentlicht (RegionsDrucksache Nr. 2732 (IV) AAA vom 18.10.2019). Sie wird auch in der Antwort der Gemeindeverwaltung auf unsere Ratsanfrage wiedergegeben. Wir entnehmen daraus, dass der Endenergieverbrauch der Haushalte, Gewerblichen Großverbraucher und des Sonstigen Gewerbes zusammen ca. 366 Gwh im Jahr 2015 betrug. Davon entfielen 268 Gwh, also fast drei Viertel, auf Wärme und 99 Gwh auf Strom. Dem standen 2015 nur 39 Gwh Strom und 28 Gwh Wärme aus regenerativen Quellen gegenüber.

WWR: Ja, eine Unterstützung ist im Bereich von Wasser, Photovoltaik, Solar und Geothermie-Anlagen möglich. Das Ziel muss auch in den Haushalt mit aufgenommen werden und, wie unter Punkt 5, durch Zuschüsse unterstützt werden.

BC: Wir befürworten – in Absprache mit den Bürgern – den Ausbau der Windenergieanlagen in der Wedemark. Wenn der Bund dazu noch finanzielle Anreize gibt, wird dieser Weg umso attraktiver. Auf gemeindeeigenen Gebäuden sollen möglichst viele Solaranlagen gebaut werden. Bei Solaranlagen für private Gebäuden setzen wir auf technische Innovationen, die so attraktiv sind, dass viele Bürger die aus freien Stücken installieren lassen.

AFD: Die erneuerbaren Energien werden die Lücke durch den Atom und Kohleausstieg nicht schließen können, um den enormen Strombedarf (auch durch die gewollte E-Mobilität) nicht decken können, da Wind und Sonne nicht immer verfügbar sind (sog. Dunkelflauten). Wie soll hier eine Einsparung gelingen, wenn immer mehr E-Fahrzeuge betankt werden müssen? Auch gibt es jetzt schon immer mehr Mais-Monokulturen zur Biogaserzeugung, mehr Verbrauch land und forstwirtschaftlicher Nutzflächen für die Windräder mit negativem Effekt für die Umwelt. Allein die massive staatliche Subventionierung (Steuergelder!) erhöht nicht gerade die Effektivität dieser Energieerzeugung, ganz zu schweigen von den Folgen für die Tierwelt bei den Windkraftanlagen (Vögel, Insekten). Die Ausweisung weiterer Flächen dafür lehnen wir ab.

WPW: Standorte für Windräder werden in der Raumordnung für Land und Region ermittelt, sowie deren Ausbau vorausgeplant. Der Plan sieht vor bis 2030 1,4 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung zu sichern. Ab 2030 sollen 2,1 % der Landesfläche für die Windenergienutzung gesichert werden. Im Gemeindeentwicklungsplan sind neun Suchräume unter Berücksichtigung spezieller Kriterien für die Wedemark selektiert worden. Potenziale sind somit vorhanden. Soweit die Pläne der übergeordneten Behörden. Wir tendieren allerdings eher zur vermehrten Installation von Photovoltaikanlagen, insbesondere auf öffentlichen Dächern. Um Privateigentümer zu motivieren, bedarf es einer unkomplizierten Hilfestellung, Unterstützung und Förderung – so unser Focus. Exemplarisch ist das geplante Solarkraftwerk in Meitze, welches wir zu 100 % begrüßen. Auch die Zusammenarbeit mit lokalen Fachleuten der Genossenschaft Bürger.Energie.Wedemark ist vonnöten, um auch die Expertise einzuholen und den neuesten Stand der Technik in

Erfahrung zu bringen. Es sind Anlagen zu bevorzugen, die möglichst wenig in die Natur eingreifen, wartungsarm sind und trotzdem ausreichend Energie produzieren. Flügellose Windräder oder etwa fliegende Kraftwerke von EnerKite bieten Vorteile gegenüber den bisherigen Modellen. Daher orientieren wir uns am Leitfaden „Naturverträglicher Ausbau der Windenergie“ des Naturschutzbundes, um Konflikte zum Artenschutz zu vermeiden. Es gilt aber grundsätzlich die Akzeptanz von Windenergie und Fotovoltaikanlagen zu erhöhen. Die Bürger sollten die Möglichkeit haben, Anteile an diesen Anlagen zu erwerben und damit auch an den Gewinnen beteiligt zu werden.

9) Umsetzung Niedersächsischer Weg

Hintergrund: Im Rahmen des Niedersächsischen Weges haben sich die Landesregierung Niedersachsen, das Landvolk, die Landwirtschaftskammer sowie die Natur- und Umweltverbände auf Ziele und Maßnahmen für den Natur-, Arten- und Landschaftsschutz geeinigt. Eine der vereinbarten Maßnahmen ist die Erhöhung der im Ökolandbau betriebenen Flächen von aktuell knapp unter 5% auf 10% in 2025 und auf 15% in 2030. Dies bedeutet mehr als eine Verdoppelung innerhalb der nächsten 4 Jahre. Damit dies dauerhaft gelingen kann, ist es wichtig, die Nachfrage nach Ökoprodukten zu steigern. Um Lebensmittelverschwendung einzudämmen und Transportwege zu vermeiden, sollte die Förderung von Ökolandbau einhergehen mit dem Aufbau eines regionalen Vertriebssystems und lokaler Wertschöpfungsketten.

Frage: Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, die Nachfrage nach regionalen, ökologisch angebauten Produkten und regionale Ernährungssysteme zu fördern?

Zusammenfassung:

- CDU, SPD und Bündnis C verweisen auf die „Hofladenroute“ und weitere bestehende Initiativen wie „Zusammen Wedemark“ und die insgesamt positive Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Gemeinde.
- Die CDU erwähnt, dass die Politik die Organisation von Hoffesten unterstützen kann.
- Das Bündnis C regt die Schaffung eines Wedemark-Logos an und fordert eine bessere Regelung der Kennzeichnungspflicht auf Bundesebene sowie einen Abbau der EU-Auflagen für kleine weiterverarbeitende Betriebe (Schlachtereien).
- Die Grünen regen an, dass die Gemeinde die Kita- und Schulverpflegung auf regionale und ökologisch angebaute Produkte umstellen kann, um zur Steigerung der Nachfrage beizutragen.
- Die WPW schlagen vor die Vermarktung zu unterstützen durch einen „Tag des offenen Hofladens“, eine digitale Angebots-Plattform, ein gemeinsamer Lieferservice sowie eine bessere Sichtbarkeit des Bauernmarktes.

- Die WWR schlägt vor, mehr Aufklärung zu betreiben und Verkaufsstellen unbürokratisch zu genehmigen.

Detaillierte Antworten:

CDU: In unserer Gemeinde existieren in vielen Orten Hofläden, auch die Supermärkte verkaufen Waren unserer hiesigen Landwirte. Die Nachfrage aus der Bevölkerung sichert die Existenz der Hofläden und das Angebot in den Supermärkten. Die CDU ist sich jedoch bewusst, dass diese Produkte mit Ortsbezug oftmals teurer sind als Produkte aus konventioneller Produktion. Deshalb werden nicht alle Bürger diese Angebote annehmen können. Angebote aus regionaler Erzeugung und Vermarktung vor Ort haben große Vorteile, z. B. in Form von Energieeinsparung. Die CDU Wedemark unterstützt diese Initiativen und thematisiert die Möglichkeiten immer wieder. Wir meinen: Die Initiative „Zusammen Wedemark“ geht da einen guten Weg. Der Flyer „Hofladenroute“, von Hof zu Hof in der Wedemark, stellt die Hofläden detailliert vor und wir sind sicher, dass der Bekanntheitsgrad dieser Angebote damit schon einen guten Schritt vorangekommen ist. Konkret sind CDU Mitglieder vor Ort selbstverständlich bereit, organisatorisch bei der Durchführung von Hoffesten etc. zu unterstützen.

GRÜNE: Zu den Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung gehört aus unserer Sicht auch, die lokalen Erzeuger von Ökoprodukten sichtbar zu machen und herauszustellen. Die Verpflegung in Kitas und Schulen erfolgt durch große Anbieter. Hier sollte die Gemeinde dazu beitragen, die Nachfrage nach regionalen und ökologisch angebauten Produkten zu stärken.

WWR: Es bestehen Programme der EU zur Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft. Eine Steigerung der privaten Nachfrage ist durch Aufklärungskampagnen und direkte Ansprachen möglich. Die Genehmigung von weiteren Verkaufsmöglichkeiten von vor Ort produzierten Produkten soll unbürokratisch erfolgen.

BC: Wir befürworten, dass ALLE regionalen Produkte gefördert werden sollten, nicht nur die biologisch erzeugten Produkte. Die von der Region Hannover entwickelte Fahrradroute an den Wedemärker Hofläden entlang ist ein wertvoller Beitrag um auf regional erzeugten Produkten aufmerksam zu machen. Eine weitere Überlegung wäre die Entwicklung eines Wedemark Logos für Wedemärker Produkte. Wichtig ist uns auf Bundesebene die Kennzeichnungspflicht der Herkunft von Zutaten. So kommen zur Zeit z.B. die weiterverarbeiteten Eier in der Regel aus Käfighaltungen außerhalb der EU. Das ist aber auf der Verpackung nicht erkennbar. Wichtig finden wir auch den Abbau von Auflagen (EU Regeln) für kleine lokale weiterverarbeitende Betriebe (z.B. Schlachtereien).

AFD: Keine Antwort

WPW: Eine Erhöhung der im Ökolandbau betriebenen Flächen halten wir für sehr wünschenswert. Wir sind auch der Meinung, dass sich die Wertschätzung an ökologisch produzierten Produkten in Zukunft weiterhin massiv steigern wird. Die Umstellung dürfte aber eine Reihe der Betriebe, die nach der aktuellen Marktsituation eher auf Massenproduktivität ausgerichtet sind, vor große Schwierigkeiten stellen. Das Ziel von 15 % Ökolandbau in 2030 setzt, wie Sie richtig feststellen, auch eine entsprechend hohe Nachfrage auf der Verbraucherseite voraus. Hier scheint es uns vorrangig, bei den Verbrauchern das Bewusstsein zu schaffen, regionale und ökologisch angebaute Produkte zu kaufen. Keinen Einfluss haben wir dabei auf die Nachfrage der Nahrungsmittelindustrie nach ökologisch angebauten Produkten. Mit folgenden Möglichkeiten kann die Nachfrage gesteigert werden: In puncto Vermarktung kann viel mehr getan werden, z. B. regelmäßige „Tage des offenen Hofladens“ oder ähnliche Aktionen. Beispielsweise lässt sich auch eine digitale Plattform ins Leben rufen, auf denen die regionalen Bauern mit den Kunden in Kontakt treten können und Produkte aus dem Sortiment einzelner Höfe gebündelt werden und als regionales (hoflandesübergreifendes) Abo an die Verbraucher geliefert werden. Inspirationen dafür sind deutschlandweit vorhanden. Darüber hinaus sollte der Bauernmarkt wieder viel präsenter sein und zentralisierter sowie regelmäßig in Erscheinung treten.

SPD: Wie Sie wissen, haben wir mit unseren politischen Bemühungen dafür gesorgt, dass für die Wedemark eine für alle kostenlose HofzuHofKarte vorliegt, die Fahrradwege zu den Direktvermarktern beschreibt und die Direktvermarkter den Menschen vorstellt. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Gemeinde Wedemark wird es uns auch in Zukunft gelingen, durch solche und ähnliche Projekte den Niedersächsischen Weg zu unterstützen.

FDP: Ein regionales Ernährungssystem fördert unsere Landwirtschaft vor Ort und wird von uns als Partei unterstützt. Die Inanspruchnahme ist jedoch Frage des Verbrauchers und kann nur bedingt auf kommunaler Ebene beeinflusst werden. Gezielte Kampagnen können das Bewusstsein für regionale Produkte fördern. Nach unserer Wahrnehmung hat hier in den vergangenen Jahren ein Umdenken seitens der Verbraucher eingesetzt, das bereits zu einer stärkeren Nachfrage nach regional hergestellten Produkten geführt hat.

10) Unterstützung der lokalen Wirtschaft, des Handels und der Industrie in ökologischen Belangen

Hintergrund: Laut CO₂-Bilanz für die Gemeinde Wedemark von 2015 entfallen 24% der CO₂-Emissionen auf die Unternehmen, inklusive der Landwirtschaft. Die Emissionen, die über Produkte oder Produktionsgüter von außen in die Wedemark kommen, sind dabei nicht inkludiert. Insbesondere die lokalen Unternehmen in den verschiedenen Bereichen sollten in Bezug auf ein ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften maßgeblich unterstützt und vernetzt werden, auch um z.B. die Nutzung der erneuerbaren Energien auf deren zum Teil

großen Hallendächern vorantreiben zu können. Einige Unternehmen in der Wedemark sind da schon sehr gut aufgestellt und vorbildgebend. Auch die Ansiedlung von Unternehmen, die derzeit rund um das Thema Ökologie und Nachhaltigkeit entstehen, wäre sehr wünschenswert. Ebenso könnte z.B. die Wirtschaftsmesse in Zukunft mehr in diese thematische Richtung ausgerichtet werden.

Frage: Wie kann die Gemeinde Wedemark den Klimaschutz und das nachhaltige Wirtschaften im Bereich Wirtschaft, Handel und Industrie in der Wedemark voranzubringen?

Zusammenfassung:

- Die Grünen verweisen auf die stärkere Ausrichtung der einheimischen Wirtschaft an die ökologischen Aspekte und verweisen hier auf die Zuständigkeit der Stabsstelle Wirtschaftsförderung innerhalb der Verwaltung.
- Die SPD ist hier sehr ambitioniert und weist auf die bereits umgesetzten Ziele der letzten Jahre hin und erklärt, auch für die Zukunft diese und weitere Projekte zu unterstützen.
- Die WPW weist auf eine reine Kosten-/Nutzenrechnung im Bezug auf den Klimaschutz hin.
- Die CDU erklärt, dass das Zusammenspiel von Wirtschaft und Klimaschutz zur Chefsache werden müsse; die produzierenden Firmen sollten auf den bestmöglichen Klimaschutz ausgerichtet sein.
- Das Bündnis C ist mit dem bisherigen Engagement der hiesigen Unternehmer zufrieden, nennt die Vorbildfunktion der Gemeinde Wedemark selbst und verweist auf die Wirtschaftsförderung, die auch ökologische Belange betrachten solle.
- Die WWR betrachtet hier vorrangig die Landwirtschaft und deren regionale sowie ökologische Ausrichtung, der Ansiedlung von Industriebetrieben steht sie kritischer gegenüber.
- Die AfD begrüßt zwar die Förderung lokaler Anbieter, lehnt aber eine weitere Förderung der nachhaltigen Wirtschaft konsequent ab.
- Die FDP erklärt, dass nachhaltiges Wirtschaften nur bedingt auf kommunaler Ebene gesteuert werden könne, allerdings solle die Gemeinde Unternehmen unterstützend und beratend zur Seite stehen.

Detaillierte Antworten:

CDU: Wirtschaftsförderung und die Beratung aller Wedemärker Unternehmen ist ein ganz wichtiges Element. Unternehmer, die sich mit diesen Fragen an die Verwaltung wenden, müssen kompetent beraten werden. Die CDU wird Mitarbeitern der Verwaltung Fortbildungen ermöglichen und ihr Engagement unterstützen. Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Klimaschutz muss Chefsache werden. Bei der Ansiedlung neuer Firmen gilt es, Unternehmen zu finden, die in unserer Wedemark nachhaltig arbeiten. Das Ziel der CDU

ist, dass sowohl die Produkte und Produktionsstraße, als auch die gesamte Anlage eines Produktionsortes auf den Klimaschutz abgestellt werden.

GRÜNE: Sie haben in Ihrer Darstellung bereits die wesentlichen Elemente und Instrumente einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der einheimischen Wirtschaft benannt. Innerhalb der Verwaltung ist die Stabsstelle Wirtschaftsförderung zuständig. Sie sollte durch die Politik auf das Ziel nachhaltigen Wirtschaftens ausgerichtet werden.

WWR: Die Gemeinde muss stärker auf den Bedarf (Ökomarkt usw.) eingehen und die Möglichkeit dafür schaffen. Die Landwirtschaft muss ermutigt werden, mehr ökologisch anzubauen bzw. zu halten und dies auch vor Ort vermarkten. Die Stärkung dieses Wirtschaftszweiges sollte Vorrang vor industrieller Ansiedlung (große Hallen, nicht verarbeitendes Gewerbe/Logistik) haben und innerhalb der Wirtschaftsförderung ein eigenes Budget haben.

BC: Die Gemeinde Wedemark soll selber eine Vorbild-Funktion erfüllen. Die Wirtschaftsförderung soll ökologische Belange mit im Blick haben. Im Allgemein meinen wir, dass die Wedemärker Unternehmen in diesem Bereich schon erfreulich offen und engagiert sind.

AFD: Vorerst ist es die Aufgabe unserer Gemeinde, den Einzelhandel und die lokale Wirtschaft in unserer Region zu erhalten und vor den Kollateralschäden durch die Coronapolitik der Bundesregierung zu schützen. Dafür braucht es Deregulierung und nicht noch mehr Gängelung. Lokale Wirtschaftskreisläufe sind umweltverträglicher als der Konsum über globale Internetanbieter. Wir verteidigen unsere Landwirtschaft entschieden vor dem „Klimasünder“ Vorwurf. Und wir begrüßen die Förderung lokaler Anbieter/Hofläden. Regionale Produkte haben kurze Lieferketten und verursachen somit weniger CO₂ Ausstoß.

WPW: Kritiker behaupten, bei Investitionen in Klimaneutralität handele es sich um unnütze Kosten ohne jeglichen Nutzen. Bei manchen staatlich verordneten Maßnahmen kann sich dieses aus der Perspektive der Unternehmen so darstellen. Eine Umstellung zur ökologischen Verbesserung von Betriebsabläufen ist naturgemäß nur dann erreichbar, wenn hierdurch ein unmittelbarer Nutzen für das Unternehmen entsteht. Hier kann die Gemeinde Ideen und Expertise im Rahmen von Beratungsleistungen beisteuern.

SPD: Ökologisches Wirtschaften und die Umgestaltung der Betriebsgelände nach ökologischen Gesichtspunkten sind in der Wedemark schon seit einigen Jahren im vollen Gange, es laufen hierzu u.a. auch Beratungsprogramme der Region Hannover. Aktuell wird bei neuen Gewerbebauten darauf geachtet, dass diese auch mit PV-Anlagen versehen sind. Die SPD hat für die Region ein Wasserstoff-Programm aufgelegt, in der Region finden solche Programme schon jetzt eine Umsetzung. Die SPD Wedemark unterstützt, gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski diese und ähnliche Projekte, soweit es ihr möglich ist.

Flächenvermarktungen seitens der Gemeinde Wedemark werden nur an Unternehmen getätigt, die ein innovatives, umweltverträgliches und ökologisch nachhaltiges Konzept vorlegen. Als Beispiel für ein gelungenes Nachhaltigkeitskonzept kann die Tischlerei Biesel GmbH in Bissendorf genannt werden.

FDP: Nachhaltiges Wirtschaften kann nur bedingt auf kommunaler Ebene gesteuert werden. Die Gemeinde kann und soll nach unserer Meinung Unternehmen unterstützend und beratend zur Seite stehen und während der Vermarktung von neuen Gewerbegrundstücken darauf achten, entsprechende Standards vorzugeben und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen bevorzugt zu behandeln.

11) Klimafolgenanpassung

Hintergrund: Bereits jetzt sind die Folgen der Klimakrise in der Wedemark spürbar, insbesondere durch die Trockenheit, die steigenden Kosten für die Bewässerung von Nutzpflanzen, den sinkenden Wasserspiegel und die Gesundheitsfolgen durch längere Hitzeperioden. Eine aktuelle Studie des niedersächsischen Umweltministeriums zeigt auf, dass diese Folgen der Klimakrise in Zukunft zunehmen werden. Daher sind vorausschauend Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Folgen zu reduzieren.

Frage: Wird Ihre Partei die Erarbeitung eines Plans für die Klimafolgenanpassung in der Wedemark in 2022 in die Wege leiten? Welche konkreten Ideen und Pläne zur Klimafolgenanpassung strebt Ihre Partei an?

Zusammenfassung:

- Die Grünen sehen hohe Priorität bei der Regenwasser- und Grundwasserbewirtschaftung und verfolgen ihren entsprechenden Antrag aus der letzten Haushaltsplanberatung weiter. Auch die Erhaltung des Baumbestandes in den Ortsteilen wird genannt. Ein Plan wäre ihrer Meinung nach sinnvoll, der die verschiedenen Aspekte der Klimafolgenanpassung in der Gesamtschau darstellen würde.
- Die SPD erklärt, das Thema der Klimafolgenanpassung noch im Jahr 2022 mit der neu zu initiiierenden Klimasteuerungsgruppe auf den Weg zu bringen, insbesondere das Thema der Begrünung wird angeführt.
- Die CDU erinnert an die Ausgleichsflächen, die schon seit vielen Jahren angelegt werden und möchte gemeinsam mit Landwirten, Naturschützern und Jägern über die Zukunft der Landwirtschaft sprechen.
- Das Bündnis C nennt hier einen möglichen Plan der Gemeinde zum Wasserhaushalt für die nächsten Jahrzehnte. Die Errichtung eines großen Wasserreservoirs sollte untersucht werden.

- Die WWR setzt sich für mehr nachhaltigen Anbau von Getreide und weniger Anbau von Mais ein, die Beschränkung von weiteren Mastställen, klimaneutrale Baumaterialien und weniger Flächenversiegelung sowie den Schutz der Moore ein.
- Die AfD stimmt der Renaturierung von Mooren und der Wiederaufforstung von Wäldern zu. Dem Radwegeausbau und der Förderung des ÖPNV stehen sie ablehnend gegenüber.
- Die WPW spricht die Themen Trinkwasser, Kanalisation und Aufforstung an.
- Die FDP sieht den Klimawandel als größte Aufgabe des 21. Jahrhunderts an, hält einen starren Plan allerdings für wenig geeignet und präferiert die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in konkretes Handeln.

Detaillierte Antworten:

CDU: Schon seit vielen Jahren werden Ausgleichsflächen im Bewusstsein des Klimawandels angelegt. Auch die Pflanzempfehlungen für den privaten Bauherrn verändern sich und berücksichtigen die Klimaveränderung. Über die Zukunft unserer Landschaft muss gesprochen werden, und zwar gemeinsam mit Landwirten, Naturschützern und Jägern. Daraus leiten sich dann Handlungsfelder ab, die sich auf den Wasserhaushalt genauso beziehen können wie auf Korridore für Pflanzen und Tiere.

GRÜNE: Die Folgen des Klimawandels sind bereits im Fokus unserer Fraktion. Insbesondere die Regenwasser und Grundwasserbewirtschaftung mit dem Ziel, Wasser möglichst lange im Gemeindegebiet zu halten, hat aus unserer Sicht eine hohe Priorität. Sinkende Grundwasserstände bedrohen bereits jetzt die Vegetation in Natur, Landwirtschaft und Gärten. Damit wird letztlich sogar die Fähigkeit der Vegetation zum CO₂-Ausgleich beeinträchtigt. Die Fraktion hat einen entsprechenden Antrag in die letzten Haushaltsplanberatungen eingebracht und wird dieses Ziel weiterverfolgen. Auch die Erhaltung von altem Baumbestand in den Ortsteilen dient der Abmilderung der Folgen des Klimawandels und wird von der Fraktion bei Bebauungsplänen und anderen Planungen verfolgt. Ergänzend ist zu bemerken, dass die hohen Investitionen in die Gemeindefeuerwehr auch der erhöhten Gefahr von Wald und anderen Vegetationsbränden geschuldet sind. Ein Plan, der die verschiedenen Aspekte der Klimafolgenanpassung in der Gesamtschau darstellt, ist aus unserer Sicht sinnvoll.

WWR: Die WWR wird an den Plänen für die Klimafolgenanpassung mitarbeiten und das Ziel für 2022 im Haushalt beantragen. Konkret sind dies die Forderung nach weniger Anbau von Mais und mehr nachhaltigen und umweltschonenden Anbau von Getreide, Flachs u.ä., sowie die Beschränkung von weiteren Mastställen. Bei Bebauungsplänen die Verwendung von heimischen und klimaneutralen Materialien zur Herstellung von Haus und Grundstück vorschreiben. Weniger Flächenversiegelung durch Verdichtung der Bebauung statt Ausweisung von neuen Baugebieten. Bereits in Arbeit sind der Schutz und der Umbau der Moore zu wieder ökologisch sinnvollen Gebieten.

BC: Die Dürre ist in unseren Augen eine Auswirkung des Klimawandels, die uns jetzt schon unmittelbar betrifft. Wir befürworten sehr, dass die Gemeinde Wedemark einen Plan erarbeitet, der aufzeigt, wieviel Wasser in den nächsten Jahrzehnten in der Wedemark benötigt wird und wie wir diese Mengen bereitstellen können. Versiegelung von Grünflächen muss entgegengewirkt werden. Die Errichtung eines großen Wasserreservoirs in der Wedemark soll untersucht werden.

AFD: Maßnahmen zum Umweltschutz wie die Renaturierung von Mooren und die Wiederaufforstung von Wäldern stimmen wir zu. Naturschutz auf Grundlage valider Daten ist sicherlich notwendig. Wir unterstützen den Radwegeausbau, der nicht die Radfahrer auf die Straße holt, aber den Bürgern die Möglichkeit bietet, auch mal das Fahrrad zu benutzen, auf einem sicheren Radweg neben der Straße. Der motorisierte Individualverkehr sollte dabei nicht eingeschränkt werden. Wir befürworten die Freiheit der Verkehrsmittelwahl. Bei den Maismonokulturen wird in trockenen Tagen Beregnung per Dieselaggregat betrieben, damit der Mais als Silage in den klimafreundlichen Biogasanlagen verwertet werden kann. Finde den Fehler.

WPW: Das Thema Trinkwasser wird unserer Meinung nach eines der schlimmsten Probleme zukünftig sein. Wir verfolgen seit geraumer Zeit u. a. die Stände der Talsperren im Harz, die unsere Befürchtungen untermauern. Der Kampf ist schon im Gang. Da die Wedemark einen großen Teil ihrer natürlichen Wasserressourcen an die Stadt Hannover verkauft, geht eine Wasserschutzpolitik nur gemeinsam mit allen Betroffenen unter unabdingbar notwendiger externer Beratung einher. Dazu gehört auch eine intakte und widerstandsfähige Kanalisation, welche auch zukünftige Starkregen aushält. Eine stabile und zukunftsfähige Aufforstung hat ebenfalls einen hohen Stellenwert in Sachen Klimafolgenanpassung. Wir wissen, dass die Wedemark nur einen sehr geringen Anteil an Laubbäumen hat – das muss sich schnell ändern. Unsere stressanfälligen Nadelbäume haben extrem gelitten in den letzten Jahren. Daher werden wir uns auf die Suche nach geeigneten Standorten machen und Vorranggebiete für Waldaufforstung aus dem regionalen Raumordnungsprogramm auch genau dafür in die Verwendung nehmen. Auf diesem Wege sichern wir Wasser, den Boden und die Artenvielfalt. Das Mikroklima wird sich verbessern.

SPD: Die SPD Wedemark wird gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski und der neu zu initiierenden Klimasteuerungsgruppe das Thema der Klimafolgenanpassung noch im Jahr n 2022 in die Wege leiten. Die Wedemark besteht zu einem überwiegenden Teil aus Grünflächen. Flächenentsiegelung, Begrünung und Beschattung öffentlicher Flächen ist daher weniger im Brennpunkt als in städtischen Bereichen der Region, wird aber als Aufgabe gesehen (Blühstreifen, Umwandlung/Verhinderung von Steingärten, ...). Das Thema der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern, die an die sich verändernden Klimabedingungen angepasst sind, wird eine weitere Aufgabe sein., Derzeit ist es schon Alltag, dass in Neubaugebieten und auf Spielplätzen bereits ausschließlich „Klimabäume“ gepflanzt werden und bei allen Neubauten Versickerung vor Rückhalten und Sammeln von

Niederschlagswasser geht., Retentionsflächen sind nicht notwendig. Das Herstellen von Versickerungsmöglichkeiten ist längst bauplanerische Selbstverständlichkeit. Die Planung weiterer Klimafolgenanpassungen und die dazu zu ergreifenden Maßnahmen sollten in der noch zu gründenden Steuerungsgruppe erarbeitet und bearbeitet werden. Hierzu verweisen wir auf unsere Antwort zu Ihrer Frage 3.

FDP: Wir sehen die Anpassung an den Klimawandel, soweit er nicht mehr aufgehalten werden kann, als wohl größte staatliche und gesellschaftliche Aufgabe des 21. Jahrhunderts an. Bereits heute ist klar, dass der Umgang mit Wasser und Vegetation und auch Aspekte des täglichen Lebens sich teilweise grundlegend ändern werden. Auch hier versprechen wir uns mehr davon, die wissenschaftlichen Erkenntnisse jeweils in konkretes Handeln umzusetzen. Ein starrer Plan scheint uns hier wenig geeignet. Was den Ratsmitgliedern der kommenden Wahlperiode jedenfalls klar sein muss: Die Anpassung an den Klimawandel wird auch für den kommunalen Haushalt eine Herausforderung.

12) Weitere Pläne zum Klimaschutz Ihrer Partei

Die hier genannten Wahlprüfsteine können die Themen Klimaschutz und Umweltschutz nur anreißen. Viele weitere Themen sind nicht genannt, beispielsweise der Artenschutz, die Müllvermeidung, das Wassermanagement, der Flächenverbrauch, die Förderung der Elektromobilität. Die Forderungen der Parents for Future zu einigen dieser Themen haben wir Ihnen im Dezember 2020 zukommen lassen. Zu anderen Themen wie beispielsweise die Begrenzung des Flächenverbrauchs und des Müllaufkommens werden konkrete quantitative Ziele in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt. Diese Ziele sollten auch für die kommunale Ebene gelten.

Frage: Welche Themen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz sehen Sie in Ihrer Partei als prioritär an und welche konkreten Maßnahmen möchte Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode voranbringen?

Zusammenfassung:

- Die Grünen nennen hier die Themen Biotopverbundsystem, Radverkehrskonzept und das Projekt Hannoversche Moorgeest.
- Die SPD denkt an die Installierung einer Steuerungsgruppe „Klima in Not“; Themen sind die Verkehrswende, Schutz der Moore und der Ausbau der Fahrradwege.
- Die CDU spricht hier die Themen der Reduzierung des Flächenverbrauchs in der freien Natur, die Umsetzung des Fahrradkonzepts, die E-Mobilität, die positive Begleitung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen, den Erhalt von Landschaft und Natur und die Biodiversität im Biotopverbund an.

- Die WWR nennt hier die Förderung der Elektromobilität, den Ausbau der Erneuerbaren Energie, allerdings ohne Windräder, die Förderung von Heizungserneuerungen und den Erhalt der Moore.
- Die AfD spricht den Artenschutz und die Müllvermeidung sowie Blühstreifen an.
- Die WPW führt hier die Themen Artenschutz, Mobilität, regionale Versorgung, Reduzierung des Flächenverbrauchs, Aufforstung und Informationskampagnen an.
- Die FDP nennt hier die Themen Quartierskonzepte, den Ausbau des ÖPNV, den Ausbau regionaler Projekte zur Energieerzeugung sowie den sensiblen Umgang mit dem weiteren Flächenverbrauch.

Detaillierte Bewegung:

CDU: Wichtig ist es, den Flächenverbrauch in der freien Natur so gering wie möglich zu halten. Dazu wird die CDU Wedemark in den Orten Möglichkeiten zur Innenverdichtung schaffen. Das muss planerisch mit Bebauungsplänen begleitet werden, so dass das Kleinklima in den Orten erhalten bleibt und die Alteinwohner diesen Weg mitgehen können. Die Umsetzung des Fahrradwegekonzepts hält die CDU für dringend geboten, so dass unsere Bürger oft auf das Auto verzichten können. Aktionen, die ihnen dieses Thema immer wieder nahebringen, werden von uns unterstützt werden. Hier sehen wir auch die Region als Anbieter des ÖPNV in der Pflicht. Das Tarifsystem muss nach unserer Auffassung einfach, durchschaubar und preiswert sein. Die Mitnahme von Rädern muss in Bussen und Bahnen möglich sein. An den Bahnhöfen müssen ansprechende Fahrradparkplätze/häuser geschaffen werden, in denen auch teurere Räder sicher untergestellt werden können. Das wird den Autoverkehr zu den Bahnhöfen reduzieren. Zusätzlich muss die Installation öffentlicher wie privater Ladestationen zur Verbesserung der E-Mobilität vorangetrieben werden. Die CDU Wedemark wird sich auch dafür einsetzen. Vor vielen Jahren bereits hat sich die CDU Wedemark darum bemüht, dass die Schrankenschließzeiten verkürzt werden. Hier müssen dringend Maßnahmen durch die Bahn erfolgen, die die Stau und damit die Abgassituationen an den Schranken entschärfen. Das darf jedoch auf keinen Fall zu Lasten des guten Bahnangebots gehen. Wir werden uns weiter für eine Verbesserung einsetzen. Die Planung von neuen Windkraft und Photovoltaikanlagen werden wir als CDU positiv begleiten und werden unsere Wedemärker Bürger und Bürgerinnen bei den Entscheidungen mit einbeziehen, um eine große Akzeptanz solcher Anlagen zu erreichen. Der Erhalt von Landschaft und Natur in unserer Wedemark war immer und ist uns wichtig. Zusammen mit den historischen Orten liegt darin der Charme unserer Gemeinde. Die CDU will sich deshalb weiterhin engagieren: Es beginnt mit dem Erhalt des Baumbestands in unseren Orten, der Wiedervernässung der Moore als CO₂ Speicher und dem Erhalt des Brelinger Bergs als Naherholungsgebiet und als CO₂ absorbierender Waldbereich. Außerdem befürworten wir die Renaturierung unserer kleinen Gewässer, die dabei allerdings ihre Aufgabe zur Regulierung des Wasserhaushalts auf den landwirtschaftlichen Flächen nicht verlieren dürfen. Das alles steht unter dem Oberbegriff Biodiversität im Biotopverbund. Dazu gibt es

bereits Konzepte, die CDU wird sich im Laufe der nächsten Legislaturperiode für eine Weiterentwicklung und Umsetzung einsetzen.

GRÜNE: Hier sind drei Themenkomplexe zu nennen:

Biotopverbundsystem – Bereits 2014 haben wir die Erarbeitung eines Konzeptes für einen Biotopverbund in der Gemeinde beantragt. Ein derartiges Konzept liegt, von einem Fachbüro ausgearbeitet, seit 2018 vor. Es enthält viele einzelne Maßnahmen, die sukzessive umzusetzen sind. Die Umsetzung der Ergebnisse des Niedersächsischen Weges auf kommunaler Ebene bietet jetzt eine Chance, auch Elemente des Biotopverbundkonzeptes in den kommenden Jahren zu realisieren.

Radverkehrskonzept - Das Radverkehrskonzept zeigt die Möglichkeiten auf, durch Lückenschliessungen und die Gestaltung von Knotenpunkten die Bedingungen für einen alltagstauglichen Radverkehr zu verbessern. Mit der geplanten Sanierung der Landesstraßen werden auch viele für den Radverkehr relevante Knotenpunkte in Angriff genommen. Hier gilt es besonders aufzupassen, um fahrradgerechte Lösungen sicherzustellen.

Hannoversche Moorgeest – Das life+ Projekt der Wiedervernässung der vier Hochmoore der Hannoverschen Moorgeest hat sehr hohe Bedeutung sowohl für den Naturschutz wie auch den Klimaschutz. Die Durchführung liegt im Wesentlichen außerhalb des Verwaltungshandelns der Gemeinde und der Einwirkungsmöglichkeiten ihrer Kommunalpolitiker. Dennoch ist die Unterstützung des Projektes in der Öffentlichkeit für uns ein wichtiges Anliegen. Die Dimensionen des Klimawandels und seiner Folgen sind in den letzten beiden Jahren sehr deutlich geworden. Wir hoffen daher darauf, dass das Vorhaben zukünftig ohne weitere Verzögerungen realisiert werden kann.

Life+Projekt Hannoversche Moorgeest

WWR: Als vorrangige Themen sehen wir die Förderung von Elektromobilität, den Ausbau der Erneuerbaren Energie (außer Windräder), die Förderung von Heizungserneuerungen. Konkrete Maßnahmen sind vor allen Dingen die Renaturierung der Moore, zum Erhalt und Schaffung von CO₂Speichern.

BC: Keine Antwort

AFD: Artenschutz und Müllvermeidung ist für uns sehr wichtig. Wir befürworten Kameras an den SBahnhöfen und den Wertstoffinseln. Außerdem sollten die Müllsünder mit hohen Geldstrafen belegt werden. Es können bienenfreundliche Blühstreifen, Wiesen und Hecken angelegt werden, gern in Zusammenarbeit mit interessierten Bürgern und Vereinen. Im ROP ausgewiesene Naturschutzgebiete sollten nicht ständig wegen Baubedarfs geändert werden

WPW: Wir befinden uns quasi weltweit und nicht nur in der Wedemark, in einer Phase gigantischer Umwälzungen. Diese Themen haben unsere Priorität:

Artenschutz: Wir werden mit allen Landwirten und Interessierten ins Gespräch kommen, um auch mit Hilfe von Pilotprojekten beispielhaft Aufwand, Möglichkeiten und den daraus resultierenden Nutzen für uns alle aufzuzeigen. Erste Gespräche sind in dieser Richtung schon gelaufen. Die LWK wird sicherlich dabei unterstützend tätig werden. Die Gemeinde soll im wahrsten Sinne des Wortes aufblühen!

Mobilität: Mittelfristig ist die ElektroMobilität sowie die Antriebsalternative durch Wasserstoff ein Lösungsansatz, um die Mobilität auf dem Land zu ermöglichen. Allerdings ist das nur ein Baustein von vielen Möglichkeiten. Ein Umsatteln auf das Fahrrad, die Nutzung des ÖPNV hat bereits ansatzweise begonnen und wird durch die Beseitigung von Barrieren von uns weiterverfolgt und massiv unterstützt. Für ein Radfahrkonzept braucht man auch Radfahrer, daher muss der Mobilitätsgedanke der Bürger geschärft werden. Wir denken auch, dass sich die Idee des Carsharings vermehrt durchsetzen könnte.

Regionale Versorgung: Gezieltes Hofladen Marketing – wer bietet was und wo an. Flächenverbrauch reduzieren. Aktuelle Auflistung aller Gewerbebrachen. Flächenrecycling vorantreiben. Neben den in den obigen Fragestellungen bereits genannten Themen werden wir darauf achten, dass der Flächenverbrauch durch neue Baugebiete auf ein Minimum reduziert wird. Anstelle CO2intensiver Logistikunternehmen bevorzugen wir neben der Förderung örtlicher Betriebe die Ansiedlung innovativer Firmen, die einen guten Beitrag zum Natur und Klimaschutz leisten können. Aufforstung. Siehe Antwort Frage 11, Informationskampagnen. Wir brauchen die Mithilfe aller Wedemärker, um das Ziel zu erreichen.

SPD: Die Installierung einer wirkungs und handlungsorientierten Steuerungsgruppe „Klima in Not“ ist sicherlich eine vordringliche Aufgabe. Ganz wesentlich wird sich diese Gruppe und auch die SPD Wedemark gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski weiterhin mit der Verkehrswende beschäftigen.

Übergeordnetes Ziel muss es sein, den Individualverkehr mit Verbrennern in unserer Gemeinde so weit wie möglich zu reduzieren. Hierzu bedarf es einer Reihe von Veränderungen, um alternative Mobilitätsformen attraktiver zu gestalten. Die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie der Ausbau von Bedarfsverkehren, Fahrradparkhäusern aber auch die Preisgestaltung sind essenziell für die Erreichung des Ziels. Hierfür setzt sich die SPD sowohl in der Wedemark als auch auf Regionalebene bereits ein. Eine unserer Kernforderungen ist es, den ÖPNV mit einem 356 €Ticket für Erwachsene kostengünstiger zu gestalten. Die SPD Wedemark und Helge Zychlinski werden die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Auch die Umsetzung des Fahrradkonzeptes für die Wedemark, der Ausbau von privaten und 40 öffentlichen ELadestationen sowie die Heizungssanierung mit dem Ziel emissionsfreier Heizsysteme stehen oben auf der Agenda der SPD Wedemark. Unsere Moore sind als CO2Speicher ein herausragendes, schützenswertes Gut. Wir wollen ihren Erhalt

sichern. Dazu muss die Entwässerung verhindert und müssen Vernässungskonzepte entwickelt werden. Hierfür setzen wir uns ein. Zusätzlich zur Umsetzung des Fahrradkonzeptes werden wir gemeinsam mit Bürgermeister Helge Zychlinski einen Masterplan für die Fahrradwege in der Gemeinde Wedemark auf den Weg bringen. Hierfür soll die Gemeinde insgesamt 2 Millionen Euro investieren.

FDP: Geplante und bereits angestoßene Maßnahmen sollten umgesetzt werden. Die Gemeinde plant Quartierskonzepte, der ÖPNV sollte ausgebaut werden, regionale Projekte zur Energieerzeugung müssen umgesetzt werden. Außerdem ist für uns der zunehmende Flächenverbrauch ein Thema, mit dem zunehmend sensibel umgegangen werden muss. Dem Wachstumsdruck aus Richtung Hannover nachzugeben und die idyllischen Landschaften in der Wedemark (Stichwort Wohlfühlgemeinde) zu bewahren sind zwei Entwicklungen, die absehbar zu einem Zielkonflikt führen werden. Dieser Konflikt muss politisch geregelt und geordnet werden. Insgesamt sind wir nicht auf einzelne Maßnahmen festgelegt. Unserer Ansicht nach steht aber fest: In den kommenden fünf Jahren müssen wir in der Wedemark beim Klimaschutz deutliche Fortschritte machen.

Literaturhinweise und Quellen:

EINLEITUNG

World Economic Forum (2020): Global Risk Report; Alle fünf Risiken mit der höchsten Wahrscheinlichkeit haben einen Bezug zu Klimawandel: 1) Extremes Wetter, 2) fehlende Maßnahmen gegen den Klimawandel, 3) Naturkatastrophen, 4) Verlust der Biodiversität, 5) menschlich-gemachte Katastrophen. Die fünf größten Risiken mit der größten negativen Auswirkung sind 1) fehlende Maßnahmen gegen den Klimawandel, 2) Massenvernichtungswaffen, 3) Verlust der Biodiversität, 4) Naturkatastrophen, 5) Wassermangel.

http://www3.weforum.org/docs/WEF_Global_Risk_Report_2020.pdf

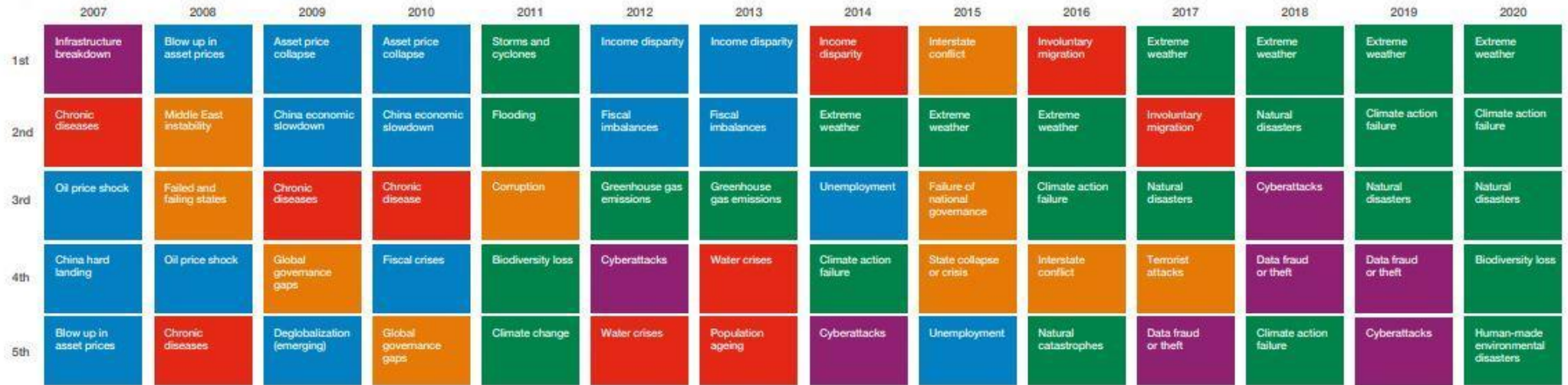
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Klimaveränderungen (WBGU)

(2009): Kassensturz für den Weltklimavertrag - Der Budgetansatz;

https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/sondergutachten/sg2009/pdf/wbgu_sn2009.pdf

Figure I: The Evolving Risks Landscape, 2007–2020

Top 5 Global Risks in Terms of Likelihood



Top 5 Global Risks in Terms of Impact



■ Economic
 ■ Environmental
 ■ Geopolitical
 ■ Societal
 ■ Technological



FRAGE 1: Klimaneutralität

Umweltbundesamt (2021): Klimafolgen in Deutschland;

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/folgen-des-klimawandels/klimafolgen-deutschland> und

Umweltbundesamt (2021): Klimafolgen in Niedersachsen,

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/folgen-des-klimawandels/klimafolgen-deutschland/regionale-klimafolgen-in-niedersachsen#bereits-aufgetretene-und-erwartete-klimaänderungen>

Helmholtz Zentrum Geesthacht (2020): Norddeutschland im Klimawandel;

https://www.hereon.de/imperia/md/content/klimabuero/klimaberichte/hzg_norddeutschland-im-klimawandel_e-book.pdf

FRAGE 2: Klimaschutzaktionsprogramm

Gemeinde Wedemark (2010): Klimaschutzaktionsprogramm;

<https://www.wedemark.de/portal/meldungen/klimaschutzprogramm-fuer-die-wedemark-918000141-20051.html?rubrik=918000046>

FRAGE 3: Bürgerbeteiligung

Bürgerrat (2021): <https://www.buergerrat.de/aktuelles/buergerraete-in-deutschland/>

FRAGE 4: Tempo 30

Umweltbundesamt (2016): Wirkungen von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen;

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/wirkungen_von_tempo_30_an_hauptstrassen.pdf

Umweltbundesamt (2015): Heinrichs, E., Leben, J.; Hänisch, A-S.; Cancik, P. (UBA, Hrsg):

TUNE-ULR, Technisch wissenschaftliche Unterstützung bei der Novellierung der EU-Umgebungslärmrichtlinie; Arbeitspaket 2: Geschwindigkeitsreduzierungen; Dessau-Rosslau 2015;

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_33_2015_tune_url_0.pdf

Holzmann, E / Dorsch Consult Ingenieursgesellschaft mbH (1988): Flächenhafte

Verkehrsberuhigung in Buxtehude, Auswirkungen der Maßnahmen zu Tempo 30 auf die Umweltsituation, Kurzfassung in: Tagungsband zum 4. Kolloquium „Flächenhafte Verkehrsberuhigung“, Bad Godesberg, 1988

Casanova, J; Fonseca, N (2012): Environmental assessment of low speed policies for motor vehicle mobility in city centres; Global Nest Journal 2012;
http://oa.upm.es/13681/1/INVE_MEM_2011_115211.pdf

Kingston upon Hull City Council (2002): Memorandum by Kingston upon Hull City Council (RTS 152): 20 mph zones in Kingston upon Hull, 2002

FRAGE 5: Standard für Neubauten

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (2019): Studie „Kostengünstiger und zukunftsfähiger Geschosswohnungsbau im Quartier“, Projektbericht Dr. Burkhard Schulze Darup (Hrsg.), DBU Projekt AZ 33119/01-25, Febr. 2019

Umweltbundesamt (2019): Energieaufwand für Gebäudekonzepte im gesamten Lebenszyklus, Abschlussbericht Umweltbundesamt, Dr. Boris Mahler und weitere, UBA-FB FB000049, Febr. 2019

FRAGE 6: Energiemanagement

Umweltministerium Niedersachsen (2021): Umweltinformationsgesetz;
https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/umweltbericht/umweltinformation_wissen_furs_leben/informationsgesetzgebung/niedersaechsisches_umweltinformationsgesetz_nuig/NUIG-88719.html

Umweltministerium Niedersachsen (2021): Umweltinformationsgesetz;
https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/umweltbericht/umweltinformation_wissen_furs_leben/informationsgesetzgebung/niedersaechsisches_umweltinformationsgesetz_nuig/NUIG-88719.html

Niedersächsischer Landtag (2019): Niedersächsisches Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - NKlimaG);
https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_18_05000/04501-05000/18-04839.pdf

Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (2021); Leitfaden Kommunales Energiemanagement-System (KomEMS);
<https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/zielgruppen/kommunen/kommunales-energiemanagement/KomEMS.php>

FRAGE 8: Erneuerbare Energien

Wuppertal Institut (2021): Klimaneutrales Deutschland 2045

<https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-2045-vollversion/>

FRAGE 9: Der niedersächsische Weg

Landesregierung Niedersachsen (2021): Der Niedersächsische Weg;

<https://www.niedersachsen.de/niedersaechsischer-weg>

Umweltbundesamt (2019): Regionale Ernährungssysteme und nachhaltige Landnutzung im Stadt-Land-Nexus;

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-08_texte_137-2019_run_ap3_4.pdf.

FRAGE 10: Unterstützung der lokalen Wirtschaft, des Handels und der Industrie in ökologischen Belangen

Region Hannover (2019): Ratsinformationssystem Vorlage 2732 (IV) AaA, Anlage 3;

<https://regions-sitzungsinfo.hannit.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1006893>

FRAGE 11: Klimafolgenanpassung

Niedersächsisches Umweltministerium (2019): Klimawirkungsstudie Niedersachsen;

<https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/klima/klimawirkungsstudie-niedersachsen-176873.html>

FRAGE 12: Weitere Pläne zum Klimaschutz Ihrer Partei

Bundesregierung (2021): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie;

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nachhaltigkeitsstrategie-2021-1873560>
und

Landesregierung Niedersachsen (2020): Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen;

<https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie/nachhaltigkeitsstrategie-111080.html>.